



Aufarbeitung

S. 3

Nach dem Häftlingsmord in Siegburg hat die parlamentarische Aufarbeitung begonnen. Wenn das Drama ein Gutes hat: Es wird über Veränderungen und Verbesserungen im Strafvollzug in NRW nachgedacht.

Sockelbergbau

S. 6

Die Gespräche der Beteiligten in Düsseldorf wie in Berlin gehen weiter: Soll ein Sockelbergbau erhalten bleiben oder soll der Ausstieg so schnell wie möglich erfolgen? Aktuelle Stunde dazu im Landtag.

Differenzen

S. 7

Muss angesichts der Bedrohung durch Terrorismus die Überwachung verschärft werden? Weil Opposition und Koalition beim Verfassungsschutzgesetz noch weit auseinander sind, gibt es eine dritte Lesung.

Dissonanzen

S. 8

Mit Musik, die Demokraten mehr als schräg in den Ohren klingt, versucht die rechte Szene, Einfluss auf junge Leute zu gewinnen. Der Hauptausschuss hörte sich Beispiele an – und bekam einen Schrecken.

Jeder Geburtstag geht einmal zu Ende, auch das Jubiläum, mit dem Landtag und Land ihr 60-jähriges Bestehen gefeiert haben. Viel haben die zahlreichen Vereine, Gruppen und Organisationen, die sich an der Darstellung der Vielfalt des Landes auf der Bürgermeile im August beteiligt haben, zum Gelingen beigetragen. Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger sind nach Düsseldorf gekommen und haben sich informieren und unterhalten lassen. Der Landtag hatte seine Tore weit geöffnet. Jetzt, zum Ende dieses Jahres, werden die Kerzen auf der Geburtstagstorte ausgeblasen. Wie geht es weiter? Für die letzte Ausgabe hat „Landtag intern“ die Chefs der Landtagsfraktionen gefragt, welche Bilanz sie ziehen und wie sie den Beitrag ihrer Partei zur Zukunft des Landes sehen (Seiten 10 und 11).

Foto: Schälte



Das Fest ist vorbei –
die Zukunft hat begonnen

Bunt und vital

Vielfalt in der Einheit: Die 18 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen lassen sich nicht über einen Leisten schlagen. Lipper, Rheinländer und Westfalen haben ihre Eigenheiten, und daran halten sie fest. Gut für das Land, das vor 60 Jahren auf Anordnung der britischen Besatzung entstanden ist und lange Zeit spöttisch als Bindestrich-Land bezeichnet wurde, das Mühe hatte zusammenzuwachsen. Es ist bunt und vital. So präsentierten sich in den abgelaufenen zwölf Monaten auch die Regionen. Den Landtag nutzten sie als Bühne, um auf ihre Leistungen, ihre Kultur und nicht zuletzt auf ihre Küche hinzuweisen. Soeben war die Region Köln/Bonn an der Reihe (Seite 15).

Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
„Geben Sie Ihr Amt auf“	3
<i>Rücktrittsforderung bei Debatte über Tod des Siegburger Häftlings</i>	
Umstrittene Stichprobe	4
<i>Parteien streiten über Unterrichtsausfall</i>	
„Zartes Pflänzchen Konjunktur“	5
<i>Landtag beriet über den Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt</i>	
Ausstieg contra Sockelbergbau	6
<i>GRÜNE: Subventionen für die Steinkohle zum Klimaschutz einsetzen</i>	
Lauschangriff bleibt Streitthema	7
<i>Landtag diskutiert über Änderungen des Verfassungsschutzgesetzes</i>	
Rock von rechtsaußen	8
<i>Per Musik sucht die rechte Szene Zugang zu jungen Leuten</i>	
Die Zukunft der Förster	9
<i>Anhörung zur neuen Struktur im Landesbetrieb Wald und Holz</i>	
Politik will attraktiver werden – aber wie?	10-11
<i>Interviews mit den Vorsitzenden aller vier Landtagsfraktionen</i>	
Motto: Vom Saarland lernen	12
<i>Ausschuss befürwortet „Schlichtungsstelle Bergschaden“ für NRW</i>	
Bürgernähe, Transparenz, Wirtschaftlichkeit	13
<i>Experten wägen Chancen und Risiken der Verwaltungsstrukturreform ab</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	14
Mit Toleranz und Lebensart	15
<i>Südliche Rheinregion feiert im Düsseldorfer Parlament</i>	
Ein runder Geburtstag stand ins Haus	16-17
<i>„Landtag intern“ blickt zurück auf ein Jahr Parlamentsarbeit</i>	
Aus den Fraktionen	18
Porträt der Woche: Maria Westerhorstmann (CDU)	19
FCL : Tempo, Tacklings, Tore	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20

Rückblick und Ausblick

Ein Jahr geht zu Ende – und was für ein Jahr! Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger sind bei schönstem Wetter nach Düsseldorf geströmt, um hier, am Sitz von Landtag und Landesregierung, 60 Jahre Nordrhein-Westfalen zu feiern. Dann gab es noch den würdigen Festakt zum Landesjubiläum in der Tonhalle.

In der Tonhalle hatte man sich auch Anfang des Jahres versammelt, um Abschied von Johannes Rau zu nehmen. Er, der seine bergischen und nordrhein-westfälischen Wurzeln auch als Bundespräsident nie verleugnet hat, war fast 41 Jahre Mitglied des Landtags und hat 20 Jahre als Ministerpräsident dieses Land geprägt. Sein Politikmodell, mit Dialog und Konsens im Zentrum, ist aktuell wie ehedem.

Ein Moment der Besinnung und des Atemholens, dann ging das politische Geschäft weiter: Die Auseinandersetzung um die Steinkohlesubventionen, die Umgestaltung der Hochschullandschaft, die Konsequenzen, die die Landesregierung aus der Pisa-Studie für Schulen und Unterricht zieht, das Ringen um Ausgabendisziplin und Haushaltssanierung und die schwierige Arbeit der Verwaltungsmodernisierung und des Bürokratieabbaus – riesige Aufgaben und immer wieder Anlass, die Klingen in lebhafter Landtagsdebatte zu kreuzen.

NRW UND DIE WELT

Übrigens auch gute Gelegenheiten, die neue Rollenverteilung zwischen Opposition und Regierungslager einzuüben und – in der vom Wechsel lebenden Demokratie nicht ungewöhnlich – eines Tages vielleicht wieder umzukehren. Die nächste Landtagswahl ist zwar erst 2010, aber es ist spannend zu sehen, wie schon jetzt Parteien, Personal und Positionen in Stellung gebracht werden. Aber Nordrhein-Westfalen dreht sich nicht nur um sich selbst. Unser exportstarkes Land im Herzen Europas knüpft die Verbindungen nach draußen enger. Der Landtag hat inzwischen sechs Parlamentariergruppen. Botschafter nicht nur der europäischen Nachbarstaaten nehmen gern die Gelegenheit zu Gesprächen mit Landtag und Landtagspräsidentin Regina van Dinkerhorst wahr. Holländische Parlamentarier haben jüngst an einer Sitzung des Hauptausschusses teilgenommen. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat vor kurzem der niederländischen Königin Beatrix in gut nachbarlicher Weise seine Aufwartung gemacht.

Nordrhein-Westfalen wurde soeben 60 – aber das merkt man dem Land nicht an, vital und zukunftsgerichtet wie es ist.

JK



Allen Leserinnen und Lesern der Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ wünschen wir ein besinnliches Weihnachtsfest und ein glückliches, erfolgreiches neues Jahr 2007

Herausgeberin und Redaktion





Enge Beratung zwischen Ministerin und Staatssekretär – die Chefin des Justizressorts, Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU), im Gespräch mit Jan Söffing (FDP). Foto: Schälte

„Geben Sie Ihr Amt auf“

Rücktrittsforderung bei Debatte über Tod des Siegburger Häftlings

Mit der Tötung eines jungen Häftlings durch seine Zellengenossen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Siegburg hat sich das Plenum befasst. Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) unterrichtete die Abgeordneten über die Maßnahmen des Justizministeriums. Debattiert und abgestimmt wurde über die Frage, ob eine Kommission zur Untersuchung der Situation in den Jugendstrafvollzugsanstalten NRW eingesetzt werden soll oder nicht. Der Antrag der Grünen (Drs. 14/3032), eine solche Kommission einzurichten, wurde in direkter Abstimmung von CDU und FDP abgelehnt.

Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) versprach: „Wir müssen und wir werden den grausamen Mord in der JVA Siegburg lückenlos aufklären.“ Und: „Wir müssen und wir werden die Ursachen der Gewalt unter Häftlingen sorgfältig analysieren und daraus die nötigen Konsequenzen ziehen.“ Die Staatsanwaltschaft Bonn arbeite mit Hochdruck an der strafrechtlichen Aufarbeitung des Falles. Die Ministerin erinnerte daran, dass die Vorgängerregierung Stellen abgebaut habe, während gleichzeitig die Zahl der Häftlinge gestiegen sei. Anders die neue Landesregierung: Sie habe direkt nach der Regierungsübernahme eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im Justizvollzug eingeleitet und den beschlossenen Stellenabbau gestoppt. Man habe eine Expertenkommission eingerichtet und die Institution eines „Ombudsmanns“ für die Strafgefangenen beschlossen. Dennoch gebe es kein Allheilmittel, das geeignet sei, Gewalt völlig zu verhüten.

Frank Sichau (SPD) kritisierte, die Ministerin habe nichts Neues zur Aufklärung beigetragen. Er fragte: „Wann gab es Alarm? Ihr Bericht setzt erst ein, als der Häftling schon tot war. Gab es eine Verträglichkeitsprüfung der gemeinsam Inhaftierten? Gibt es Informationen über die Hilferufe in den Innenhof?“ Der Abgeordnete hielt der Ministerin noch etwas vor: Sie habe den Rechtsausschuss getäuscht. „Sie haben gesagt, für Maßnahmen sähen Sie keinen Anlass und legen jetzt Maßnahmen vor.“ Neben der

politischen gebe es auch eine persönliche Verantwortung, erklärte Sichau.

Peter Biesenbach (CDU) forderte die SPD auf, sich „hier und heute bei der Ministerin zu entschuldigen“. Selbst die Gewerkschaft Verdi habe gesagt, ein Ministerwechsel sei das falsche Signal. Roswitha Müller-Piepenkötter habe in den letzten Monaten mehr getan als Rot-Grün in den letzten zehn Jahren: „Was Sie hier begehen ist politische Unfallflucht“, sagte Biesenbach, „das ist Handeln auf dem Rücken der Opfer.“

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, kritisierte, die Ministerin versuche durch Angriff abzulenken. „Ihren Punkten stimmen wir zu, aber wie Sie politisch agiert haben, zeigt, dass Sie Ihrer Aufgabe nicht gerecht werden.“ Sie warf auch dem Ministerpräsidenten mangelnde Sensibilität vor: „Ein öffentliches Wort des Mitgefühls, ein Wort des Bedauerns wäre mehr als angemessen gewesen. Ein Johannes Rau lässt sich eben nicht trainieren.“ Löhrmann forderte die Ministerin zum Rücktritt auf: „Ziehen Sie persönliche Konsequenzen und geben Sie Ihr Amt auf.“ Anschließend plädierte die Sprecherin für die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Situation in den Jugendstrafvollzugsanstalten. „Wir brauchen den Rat von Fachleuten. Wir alle müssen wissen: Reicht es, wenn nur mehr Türschließer eingesetzt werden? Brauchen die Anstalten nicht auch mehr Sozialpädagogen und Psychologen?“

Ist die Einrichtung eines einzelnen Ombudsmanns wirklich die richtige Reaktion?“

Dr. Robert Orth (FDP) erklärte: „Die Ereignisse haben uns sehr betroffen gemacht. Es ist keine leichte Situation für diejenigen, die in der JVA Siegburg arbeiten und leben.“ Trotzdem könne er kein organisatorisches Fehlverhalten der Justizministerin erkennen: „Wir haben hier ein Delikt, und ich bin froh, dass sich die Ministerin lange vor diesem Vorfall schon dem Thema angenommen hat“, sagte Orth. Zu Zeiten der Vorgängerregierung habe es Skifreizeiten für Straftäter, Löcher im Vollzug, Ausbruchs- und Selbstmordserien gegeben. „Ich bin der Meinung, dass wir vieles auf den Weg gebracht haben, was ähnliche Taten verhindert hat.“

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) stärkte der Justizministerin den Rücken und forderte härteres Durchgreifen bei Gewaltdelikten, mehr Abschreckung und mehr Strafverfolgung. „Wir müssen zeigen, dass Gewalt keine Alternative ist.“ Rüttgers weiter: „Mir fällt auf, dass ich heute keinen einzigen substantiellen Vorwurf in der Sache gehört habe.“ Die Justizministerin arbeite daran, dass Fälle wie in Siegburg in Zukunft verhindert werden könnten. „Wir müssen den jungen Menschen die Sicherheit geben, dass sie willkommen sind, wenn sie die Spielregeln beachten und dass sie eine zweite Chance bekommen, wenn sie mal einen Fehler gemacht haben“, schloss Rüttgers. ■

Umstrittene Stichprobe

Parteien streiten über Unterrichtsausfall

„NRW kommt voran beim Abbau des Unterrichtsausfalls – Die Koalition der Erneuerung hält Wort bei sicheren Lernzeiten“ – über diesen Antrag der beiden Koalitionsfraktionen CDU und FDP (Drs. 14/3037) debattierte der Landtag Anfang des Monats. In direkter Abstimmung nahm die Mehrheit den Antrag an.

Horst Ellinghaus (CDU) lobte, der neuen Landesregierung sei es zu verdanken, dass der von der Vorgängerregierung ererbte Unterrichtsausfall in Höhe von fünf Millionen Stunden um „sage und schreibe 45 Prozent reduziert worden ist“. Aber es gehe weiter: Bis Ende der laufenden Legislaturperiode würden 4.000 neue Lehrerstellen geschaffen. Seit 2005 seien bereits 2.000 neue Lehrkräfte an den Schulen angekommen. Zum 1. August dieses Jahres seien 900 Planstellen für den Vertretungspool geschaffen worden. Daneben werde in die Qualität des Unterrichts investiert. Die Stichprobe beweise, dass vom verbesserten Unterrichtsangebot durchweg alle Schulformen profitierten. Die neue Landesregierung schaffe durch die konsequente Schulpolitik Kontinuität und Qualität im Unterricht, in dem auch wieder individuelle Förderung stattfinden könne. Ellinghaus: „Die eigentliche Arbeit leisten Lehrerinnen und Lehrer vor Ort. Dieser Erfolg ist in erster Linie ihnen und allen am Schulleben Beteiligten zuzusprechen.“

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) berichtete vom Rückgang des Unterrichtsausfalls von 4,4 Prozent unter Rot-Grün auf 2,4 Prozent im Schuljahr 2005/2006. Auch sie wies darauf hin, dass alle Maßnahmen, die von der Regierung auf den Weg gebracht worden seien, „nicht so erfolgreich hätten sein können, wenn nicht die Lehrerinnen

und Lehrer an den Schulen mit uns an einem Strang ziehen würden. Das tun sie. Sie helfen, wo es nur geht, Unterrichtsausfall zu vermeiden.“ Die Abgeordnete: „Die Landesregierung hat die Rahmenbedingungen geschaffen; die Schulen ziehen mit. Wir arbeiten weiter daran, und diese guten und ermunternden Zahlen können in Zukunft weiter verbessert werden.“

Sören Link (SPD) bezeichnete das vorliegende Koalitionspapier als „belanglosen Jubelantrag“. Der Landtag werde in die politische Bedeutungslosigkeit geführt, „wenn in diesem Hohen Hause neuerdings nur noch die Bildungspolitik der Landesregierung abgefeiert wird“. Wo blieben eigentlich die CDU-Versprechen aus dem letzten Wahlkampf: Unterrichtsgarantie, kleinere Klassen und kleinere Schulen? Der Abgeordnete kritisierte die vorgelegten Zahlen. Die 1.000 zusätzlichen Lehrerstellen zum Start der Koalition „waren keine zusätzlichen Lehrkräfte, die eingestellt wurden, sondern die Landesregierung war aufgrund von gestiegenen Schülerzahlen gezwungen, neue Lehrkräfte einzustellen“. Wer bis Ende der Legislaturperiode 4.000 zusätzliche Lehrer einstellen wolle – was im übrigen die SPD-geführte Landesregierung zwischen 2000 und 2005 ebenfalls getan habe –, der müsse sich fragen lassen, warum er in der gleichen Zeit 2.000 Lehrerstellen streiche. Damit halbierten

sich die 4.000 zusätzlichen Lehrer der „Koalition der kreativen Öffentlichkeitsarbeit“ und die Öffentlichkeit werde für dumm verkauft.

Sigrid Beer (GRÜNE) räumte ein, „nominell haben nach den Ergebnissen der vorliegenden Stichprobe Schülerinnen und Schüler im Erhebungszeitraum mehr im Klassenraum gesessen“. Weiter: „Ob qualitativ guter und erfolgreicher Unterricht, geschweige denn guter Fachunterricht mit Lernerfolgen stattgefunden hat, ist dabei völlig ungeklärt.“ Es sei vorgekommen, dass Schüler zum Teil unbeaufsichtigt im Klassenraum bleiben müssten, „damit die Schulen ja nicht mit einer Stunde Unterrichtsausfall in der Statistik auftauchen“. So berichteten übereinstimmend Eltern und Schulleitungen. Dennoch biete sie der Schulministerin ihre Unterstützung an. Man brauche jetzt einen runden Tisch mit den Lehrerverbänden, mit den Eltern und mit der Landeschülervertretung. „Wir brauchen eine Qualifizierungsoffensive, damit der Unterricht besser wird.“

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) machte deutlich, nach der Halbierung des Unterrichtsausfalls nehme Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit anderen Bundesländern „jetzt endlich wieder einen guten Platz ein“. Die Landesregierung sei entschlossen, den Weg der Reduzierung von Unterrichtsausfall weiterzugehen. Der Unterrichtsausfall sei ein „Zahlenspiel“, räumte die Ministerin ein. Es sei ein guter Ansatz – und die Sprecherin der Grünen habe damit völlig recht: „Unsere Zielrichtung muss die Unterrichtsentwicklung sein.“ Die Unterstellung jedoch, die Schulen seien bewusst vorher über den Erhebungszeitraum informiert worden, wie das die frühere SPD-Schulministerin getan habe, sei „unwürdig“. ■



Antrittsbesuch ...

... beim Landtag und bei Landtagspräsidentin Regina van Dintter: Der Botschafter der Republik Polen in Berlin, Dr. Marek Prawda (L.), trug sich in das Gästebuch des Landtags ein. Zuvor hatte der Gast ein intensives und herzliches Gespräch mit der Präsidentin geführt, die Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe ist. Beide lobten die enge Zusammenarbeit und waren sich sicher, dass der Ausbau der guten und tiefen Beziehungen zwischen beiden Ländern auch in Zukunft weiter fortschreiten wird.

Foto: Schälte

„Zartes Pflänzchen Konjunktur“

Landtag beriet über den Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt

In einer Aktuellen Stunde hat der Landtag über die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in NRW diskutiert. Die SPD, die unter dem Titel „Die Wende am Arbeitsmarkt – die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 greifen“ die Debatte beantragt hatte, verwies auf die Erfolge dieser Agenda aus der Zeit der Regierung Schröder. Die Koalitionsfraktionen führten dagegen den Aufschwung auf das Handeln der jetzigen Landesregierung zurück.

Rainer Schmeltzer (SPD) erklärte, der Aufschwung „zeige auch an Rhein und Ruhr deutliche Wirkungen“. Die Arbeitsmarktreformen, „die ihren geistigen Ursprung in der Agenda 2010 haben“, begännen zu greifen. Von einer Entwarnung könne allerdings bei der immer noch hohen Arbeitslosenzahl – in NRW 917.800 – keine Rede sein. Deutschland habe derzeit ein starkes Wachstum, aber man müsse feststellen: „Diese Landesregierung verschläft den Aufschwung.“ Der Regierung Rüttgers warf er vor: „Sie tragen die rote Laterne bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland.“ Aus einer „eigenständigen aktiven Arbeitsmarktpolitik“ habe sie sich zurückgezogen. Stattdessen betreibe die Regierung „eine Politik des Giftes“. Seine Forderung an die Landesregierung: „Führen Sie die Landespolitik wieder zurück auf den Pfad zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit.“

Norbert Post (CDU) machte ein „zartes Pflänzchen der wachsenden Konjunktur“ aus,

schrieb dies aber nicht der Agenda 2010 zu. Er schränkte ein, die Ziele der Arbeitsmarktreformen seien nur zum Teil erreicht worden. Langzeitarbeitslose, insbesondere ältere, fänden jetzt noch schlechter einen Arbeitsplatz. Auch die Arbeitslosendauer sei durch die Agenda nicht reduziert worden. Zudem seien die eingerichteten Job-Center bedeutungslos geblieben, das Fall-Management laufe schlecht und die Ich-AGs seien vielfach missbraucht worden. Zwar sei die Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe der richtige Weg gewesen, das entsprechende „Know-how“ bei der Umsetzung habe aber gefehlt. Er verwies auf den Kombi-Lohn, welcher der richtige Weg zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sei.

Barbara Steffens (GRÜNE) sagte daraufhin, dass die Wende zwar erfreulich, aber auch „mit Vorsicht zu genießen“ sei. Als Gründe für den Aufschwung machte sie in erster Linie den Außenhandel, den milden Herbst und den mit Blick auf die Mehrwertsteuererhöhung vorgezogenen Konsum aus. Die Entwicklung sei erfreulich, ob es sich dabei aber um eine „dauerhafte Wende“ handle, sei mehr als fraglich. Mit Blick auf die hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen in NRW meinte sie, beim „Fordern und Fördern“ käme letzteres zu kurz. Der Landesregierung warf sie vor, keine dauerhaften Maßnahmen gegen das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit eingeleitet zu haben. Was von ihr bislang gekommen sei, gehe „gegen Null“.

Dr. Stefan Romberg (FDP) warf der SPD eine reine „Schaustellerleistung“ vor: Eher glaubten die Menschen an den Weihnachtsmann als an ihre Aussagen zur Arbeitsmarktpolitik. Faktoren für das Wirtschaftswachstum seien die Weltwirtschaft, die positive Stimmung, die auch von der Fußball-WM beflügelt worden sei, und die mäßige Lohnentwicklung, die Deutschland wettbewerbsfähiger gemacht habe. Die grundlegenden Ansätze der Arbeitsmarktreformen seien zwar richtig gewesen, das Ergebnis sei aber „ein Flickenteppich“. Der Opposition warf er vor, während ihrer Regierungszeit in NRW die Anzahl sozialversicherungspflichtiger Jobs reduziert zu haben.



Barbara Steffens (GRÜNE)



Dr. Stefan Romberg (FDP)



Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU)

Fotos: Schälte

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) stellte fest, dass jetzt 120.000 Menschen mehr in Lohn ständen als beim Regierungswechsel 2005. Zudem sei die Jugendarbeitslosigkeit um 18 Prozent gesunken. Es sei „schön, dass sich etwas bewegt“, aber mit den Ergebnissen könne man nicht zufrieden sein. Ein wichtiger Faktor für den Erfolg sei nicht in erster Linie die Agenda 2010, sondern die zurückhaltende Lohnpolitik der Gewerkschaften, wodurch an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen worden sei. Die Langzeitarbeitslosigkeit sei allerdings ein großes Problem. Der SPD warf er vor, dass die Agenda 2010 für sie „in Stein gemeißelt“ sei. Es gelte aber vielmehr, bestehende Gerechtigkeitslücken zu schließen, etwa in Bezug auf Rücklagen für die private Altersvorsorge oder die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds, entsprechend dem angenommenen Antrag des CDU-Parteitag. Die Landesregierung werde „nicht eher ruhen und rasten, bis diese Lücken geschlossen werden“, so Laumann.



Rainer Schmeltzer (SPD)



Norbert Post (CDU)

Ausstieg contra Sockelbergbau

GRÜNE: Subventionen für die Steinkohle zum Klimaschutz einsetzen

In einer Aktuellen Stunde hat sich der Landtag auf Antrag der Grünen mit dem Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau beschäftigt. Anlass waren Forderungen der SPD nach einem bleibenden Sockelbergbau. Einen solchen Bergbau lehnten sowohl die Grünen als auch die Fraktionen der Regierungskoalition mit Blick auf die damit verbundenen hohen Subventionszahlungen ab.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, warf der SPD vor, bei der Steinkohle „die Sozialkarte spielen zu müssen.“ Es mache aber keinen Sinn, die „trügerische Hoffnung“ auf eine unbegrenzte Zukunft des Bergbaus in Deutschland zu wecken. Ein hoch finanzierter Sockelbergbau gehe auf Kosten des Klimas, der Energie-Effizienz und der Staatsfinanzen. Vielmehr müsse es darum gehen, die begrenzten öffentlichen Mittel in die ökologische Erneuerung und den Klimaschutz zu investieren anstatt sie „in Bergwerken zu begraben.“ Es gebe eine klare Mehrheit für den Abbau der Steinkohlesubventionen.

Modell von Börsengang und Sockelbergbau könne ohne zusätzliche Risiken für die öffentliche Hand nicht funktionieren, es sei daher nichts als „ökonomischer Unfug“ und gehöre „in die Tonne“.

Dietmar Brockes (FDP) wies darauf hin, dass ein Durchbruch bei der Berliner Kohlerunde Ende November zum Greifen nah gewesen und allein an „der völlig unrealistischen Forderung der SPD nach einem Sockelbergbau“ gescheitert sei. Die Leidtragenden seien nun die Bergleute: Planungssicherheit für ihre Zukunft sei „mutwillig verhindert“ worden. Gefährdet würden

ben und ihrer Verantwortung für NRW nicht gerecht zu werden. Die Behauptung, nur ein Auslaufbergbau böte den Bergleuten Sicherheit, sei „zynisch und unverantwortlich“. Der Abgeordnete: „Das wäre wie Selbstmord aus Angst vor dem Tod.“ Die SPD stehe dagegen in der Kontinuität der bewährten Kohlepolitik und „für einen dauerhaften Sockelbergbau“. Sie unterstütze den Börsengang der RAG, denn: „Börsengang und Sockelbau schließen sich nicht aus.“ Steinkohle werde in Deutschland sowohl zur Energieversorgung als auch zur Technologieentwicklung weiterhin gebraucht. Außerdem blieben so tausende Arbeitsplätze im Bergbau und Zulieferbereich sowie mehr als 1.000 Ausbildungsplätze bestehen. Das Ziel der CDU, den Bergbau in Deutschland endgültig zu beenden, werde seine Partei nicht mittragen.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) nannte die Frage der Kohlesubventionierung „eine der wichtigsten energiepolitischen Leitentscheidungen.“ Der SPD warf sie unseriöse Annahmen und Zahlen vor, mit denen die Beschäftigten ge-



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Christian Weisbrich (CDU)

Dietmar Brockes (FDP)

Norbert Römer (SPD)

Wirtschaftsministerin
Christa Thoben (CDU)

Christian Weisbrich (CDU) hielt der SPD-Fraktionsspitze vor, sie gefährde aus „persönlicher Profilierungssucht“ Arbeitsplätze. Tausende von Arbeitnehmern im Steinkohlenbergbau würden für „persönlichen Ehrgeiz in Geiselhaft“ genommen. Offenbar könne es die SPD nicht ertragen, „bei den Verhandlungen um ein sozialverträgliches Ende des subventionierten Steinkohlenbergbaus bedeutungslos am Katzentisch zu sitzen.“ Der jährliche Primärenergieverbrauch in Deutschland liege bei umgerechnet rund 500 Millionen Tonnen. Auch ohne die geforderten zehn Millionen Tonnen heimischer Steinkohle sei die Energieversorgung nicht gefährdet. Das

außerdem der Börsengang der RAG sowie zehntausende Arbeitsplätze des Unternehmens. Die Förderkosten einzelner Zechen machten deutlich, „auf welch verlorenem Posten die deutsche Steinkohle steht“, da sie im Vergleich zum Weltmarktpreis mehr als doppelt so hoch seien. Zudem sei „der Beitrag deutscher Steinkohle zur Versorgungssicherheit verschwindend gering.“ Sein Fazit: „Der Kohlesockel ist ökonomisch, energiepolitisch, finanzpolitisch und strukturellpolitisch in keinsten Weise zu verantworten.“

Norbert Römer (SPD) warf der CDU vor, mit ihrer eigenen Kohlepolitik gebrochen zu ha-

gefährdet würden. Die genannten Argumente zur Energiesicherung könnten einer Überprüfung nicht standhalten und entbehrten fachlicher Gründe. Zudem sei Steinkohle zu deutlich günstigeren Preisen als in Deutschland verfügbar und eine „explosionsartige Verteuerung“ nicht in Sicht. Ein sozialverträglicher Auslauf der Kohlesubventionierung sei das Ziel der Regierungskoalition. Dabei wisse sie zwei Drittel des Landtags hinter sich. NRW habe in der Vergangenheit für ganz Deutschland einen erheblichen Preis gezahlt, so Thoben. Mit dem Bund müsse deshalb eine Verabredung getroffen werden, „dass wir damit nicht allein gelassen werden.“ ■

Lauschangriff bleibt Streitthema

Landtag diskutiert über Änderungen des Verfassungsschutzgesetzes

In zweiter Lesung hat sich der Landtag mit der Änderung des Verfassungsschutzgesetzes beschäftigt. Die Befugnisse des Verfassungsschutzes könnten damit erweitert und das Internet in seine Beobachtung mit einbezogen werden, so die Landesregierung. Befristete Kompetenzen sollen über Januar 2007 hinaus fortgeschrieben werden. Die Opposition hält es für verfassungsrechtlich bedenklich, dass die Befugnis des Verfassungsschutzes zur akustischen Wohnraumüberwachung („Lauschangriff“) nicht entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geregelt wird.

Peter Biesenbach (CDU) wies darauf hin, dass Abwehrmöglichkeiten gegen Terroranschläge unter anderem darin bestehen, dass der Verfassungsschutz möglichst frühzeitig Gefahren erkennt und eingreift, wenn Gefahren drohten. Dazu brauche er entsprechende Instrumente. Die Novellierung des Gesetzes sei notwendig, da einige Befugnisse Ende des Jahres ausliefen und die technischen Möglichkeiten sich verändert hätten. Anlass für Kritik sah Biesenbach nicht: Der Zugriff etwa in den Bereichen Post-, Fernmelde- oder Bankgeheimnis würde „deutlich verschärft“. Zudem sei „das Gespenst der akustischen Wohnraumüberwachung wirklich beseitigt“ worden. Sein Fazit: „Es wird eine gute Änderung, es wird ein gutes Fortschreiben des Verfassungsschutzgesetzes.“

Dr. Karsten Rudolph (SPD) betonte die Einigkeit darüber, dass die Bekämpfung des internationalen Terrorismus eine der wichtigsten Aufgaben für jede Sicherheitspolitik in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus sei. Ein verfassungsrechtliches Problem stelle aber dar, dass sich der Verfassungsschutz künftig auf die Festplatten privater Computer einhacken könne: Hier dürfe kein „staatlich organisierter Hausfriedensbruch“ betrieben werden. Er kritisierte die Argumentation der Landesregierung in Sachen akustischer Wohnraumüberwachung: Sie lege ein im Grunde verfassungswidriges Gesetz vor, das nur deshalb nicht beklagt werden könne, weil es nicht angewendet werde. Die Regierung spiele „liberale Politik in Nordrhein-Westfalen auf Kreisliganiveau“.

Monika Düker (GRÜNE) unterstrich, dass es die Sicherheitslage seit dem 11. September 2001 erfordere, „über unsere Sicherheitsstandards, unsere Instrumente und Sicherheitsarchitektur nachzudenken“. Eingriffe in die Bürger- und Freiheitsrechte brauchten in einem Rechtsstaat aber Leitlinien, um die Abwägung „zwischen Sicherheit und Freiheit bei jeder einzelnen Maßnahme immer wieder neu gewichten und verantwortungsvoll entscheiden zu können“. Der Kernbereichsschutz, der Schutz der Privatsphäre, werde in diesem Gesetzentwurf nicht

gewährleistet. Auch die Hauptausschuss-Anhörung habe in dem Bereich Defizite deutlich gemacht. In dem Verfahren werde zudem „eine Ignoranz dem parlamentarischen Verfahren gegenüber“ gezeigt, die mit Parlamentarismus nichts mehr zu tun habe, so die Abgeordnete.

Horst Engel (FDP) erklärte, dass durch die Überarbeitung des Gesetzes die Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes aufrechterhalten werden solle, um den heutigen Gefahren wirksam und angemessen begegnen zu können. Zweitens müsse ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit gewährleistet sein. Die Novellierung stärke die Bürgerrechte und verbessere die Rechtsschutzmöglichkeiten. Erforderlich sei die Anpassung an den technischen Fortschritt im Kommunikationsbereich. Die Wohnraumüberwachung sei bisher nicht eingesetzt worden und bleibe „nur für absolute Notfälle“ im Gesetz. Bund und Länder müssten hier im Verbund eine Lösung finden. Sein Fazit: „Das Gesetz schafft die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit.“

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) verwies darauf, dass man „das modernste Sicherheitsgesetz“ Deutschlands geschaffen habe. Kein anderes Gesetz mache die Arbeit des Verfassungsschutzes so überprüfbar und transparent. Neuen Herausforderungen müsse man sich stellen, deshalb gebe es im Verfassungsschutzgesetz modifizierte, konkretisierte Eingriffsbefugnisse. Diese seien mit entsprechenden Kontrollmechanismen versehen. Der Anwendungsbereich werde ausgeweitet, um auch „home-grown-terrorists“ einzubinden. Im Bereich der Internetmaßnahmen müsse sich der Verfassungsschutz technisch auf Augenhöhe mit den Verfassungsfeinden begeben. Mit dieser Novellierung sei der Verfassungsschutz auch im Jahre 2012 noch handlungsfähig, so Wolf.

Carina Gödecke (SPD) beantragte für die SPD-Fraktion eine dritte Lesung des Entwurfs, da „in der Sache Einsichtsfähigkeit und Bewegung ist und Veränderungen bis kurz vor Toresschluss möglich sind“. Für die Zwischenzeit bot sie Gespräche an. ■

Sorglosigkeit...

... ist nicht gestattet. Zum Welt-Aids-Tag – sein Symbol ist die rote Schleife – hat der Landesverband der Aidshilfen darauf hingewiesen, dass sich in diesem Jahr bundesweit geschätzte 2.700 Menschen neu mit der Immunschwächekrankheit infiziert haben. In NRW leben derzeit knapp 12.000 HIV-positive Menschen. Am Welt-Aids-Tag hat sich Landtagspräsidentin Regina van Dinter am Stand der Aidshilfen im Landtag über Aktionen und Projekte zur Vorbeugung informiert. Die Landtagspräsidentin mit Nachdruck: „Die Zahl der HIV-Neuinfektionen in den letzten Jahren macht deutlich, dass es zur Sorglosigkeit keinen Anlass gibt. Prävention ist die einzige Möglichkeit, die Ausbreitung der Krankheit einzudämmen.“

Foto: Schälte

Rock von rechtsaußen

Per Musik sucht die rechte Szene Zugang zu jungen Leuten

Ein jedes Jahr wiederkehrender Tagesordnungspunkt im Hauptausschuss: Entgegennahme und Debatte des aktuellen Verfassungsschutzberichts. Dazu werden von den Beschäftigten der Abteilung VI des NRW-Innenministeriums eigene Beobachtungen zusammengetragen, Berichte, Veröffentlichungen und – immer wichtiger – das Internet ausgewertet und zu einem umfangreichen Werk zusammengestellt, das Bestrebungen links- und rechtsextremistischer Gruppen gegen die Verfassungsordnung dokumentiert.

Von dieser Routine wich die Informationsveranstaltung ab, die von Ausschussmitglied Edgar Moron (SPD) angeregt und von Ausschussvorsitzenden Werner Jostmeier (CDU) aufgegriffen wurde. Zusammen mit eingeladenen Abgeordneten aus Innenausschuss und parlamentarischem Kontrollgremium konnten die Mitglieder des Hauptausschusses Anfang des Monats im Landtag einer außergewöhnlichen Demonstration folgen. Es ging um Methoden, wie rechtsextreme Gruppen versuchen, an die Jugend heranzukommen. „Die Beschäftigung mit den Quellen“, sagte in diesem Zusammenhang Staatssekretär Karl Peter Brendel (FDP), „vertieft den Einblick“.

Bei der letzten Wahl in Mecklenburg-Vorpommern hätten 17 Prozent der Erstwähler bei der rechtsextremen NPD ihr Kreuz gemacht, erläuterte Burghard Freier vom NRW-Innenministerium. Wenn auch nur ein Achtel der Rechtsextremisten in NRW säße, so sei das nicht weniger gefährlich. Denn der Rechtsextremismus gewinne immer mehr an Boden. Man dürfe die Entwicklung nicht auf sich zukommen lassen, mahnte der Ministeriumsvertreter, sondern müsse sie schon im Vorfeld bekämpfen. Auch die „nur“ 0,9 Prozent für die NPD bei der letzten Landtagswahl im Land und die Zersplitterung des rechtsextremen Spektrums seien keine Zeichen der Entwarnung.

Im Gegenteil: Der Kampf um die jungen Menschen ist entbrannt. Die neonazistische Szene setzt dabei, wie Dr. Thomas

Pfeiffer, Mitarbeiter der Abteilung Verfassungsschutz, ergänzte, immer stärker darauf, über die Musik Jugendliche für ihre Ideologien zu gewinnen und die jungen Leute für die „rechtsextremistische Erlebniswelt“ zu begeistern. Vom Folk über Rock und Rap bis hin zu für die Öffentlichkeit nicht zugänglichen „Balladen- und Liederabenden“ reiche das Angebot der Verführer.

Die Texte der rechten Skinhead-Bands seien nicht nur platt menschenverachtend, volksverhetzend und fremdenfeindlich. So etwas gebe es natürlich auch, etwa wenn die „Weißen Wölfe“ aus dem Raum Hochsauerlandkreis/Dortmund den Holocaust und rassistische Morde offen verherrlichten. Meist werde aber darauf geachtet, nicht mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt zu kommen. Da heißt es dann scheinheilig: „Wir wollen, dass die Menschen im gesunden Einklang miteinander, ihrem Land, ihrem Volk und der Natur leben (...) Wir wollen feste soziale Beziehungen, die keinen Deutschen ausschließen und Hilfe für Bedürftige leisten (...) Wir wollen alle Völker und Kulturen dieser Erde in ihrer wunderbaren Einzigartigkeit erhalten.“ Und dann lässt der Sprecher die Maske ein Stück fallen: „Wir sind keine Ausländerfeinde! Wir lieben das Fremde – in der Fremde.“

ANWERBETRICKS

Mit solchen Texten hat die rechtsextreme Szene im Jahr 2004 versucht, über das „Projekt Schulhof“ per CD an Kinder und Jugendliche heranzukommen. Es sei aber gelungen, die Herstellung der CD durch Abstimmung zwischen Verfassungsschutz, Polizei und dem Verband der Phonowirtschaft zu unterbinden, erklärte der Ministeriumsvertreter. Auch die Verteilung der inzwischen im Ausland gepressten Scheibe konnte verhindert werden, nachdem das Amtsgericht Halle das Machwerk als „offenkundig schwer jugendgefährdend“ eingestuft hatte.

Die Abgeordneten zeigten sich empört und entsetzt über die rechte Skinhead-Musik, die nach innen integrierte und nach außen zu dumpfer Aggression anstachelte. Die Demonstration habe, so die Bewertung der Parlamentarier, über eine Gefahr informiert, die der Öffentlichkeit – und durchaus auch dem einen oder anderen Abgeordneten – in diesem Maß nicht bewusst gewesen sei. Dem Engagement von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes, die Jugendliche und Multiplikatoren in Vorträgen über Vorgehen und Gefahren rechtsextremistischer Gruppen aufklären, sei Erfolg zu wünschen, damit eine möglichst hohe Breitenwirkung eintrete, wie das Monika Düker (GRÜNE) formulierte. „Die jungen Menschen müssen gegen die Methoden und Anwerbetricks der rechten Bands immun werden“, forderte der Ausschussvorsitzende Werner Jostmeier. JK

Aufklärung in jugendgemäßer Form – der Comic „Andi“ des NRW-Innenministeriums musste wegen seines Erfolgs schon nachgedruckt werden.

Foto: Schälte



Erhaltet den Wald für alle!

Protest vor den Toren des Landtags – Beschäftigte der Forstverwaltung waren mit Werkzeug und in Arbeitskleidung angetreten und zeigten ihren Unmut über die Pläne der Landesregierung.

Foto: Schätze

Die Zukunft der Förster

Anhörung zur neuen Struktur im Landesbetrieb Wald und Holz

Kaum ein Jahr alt, steht der Landesbetrieb „Wald und Holz“ vor der ersten Umstrukturierung. Die Landesregierung will die Zahl der Forstämter von 35 auf 15, die der Reviere von 358 auf 300 reduzieren. Statt 1078 Menschen sollen beim Landesbetrieb künftig 930 arbeiten. Ein Vorhaben, das über das ausgehandelte Konzept 2010 hinausgeht – und bei den Betroffenen Widerstand hervorruft. Darum beschäftigte sich der Ausschuss für Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) in einer Anhörung mit den Plänen.

Im Mittelpunkt des Interesses: Die Holzmobilisierung, oder wie man die steigende Nachfrage nach Holz in den neuen Strukturen besser befriedigen kann. Derzeit, so Lars Schmidt, Vertreter eines großen Sägewerks, würden lediglich 60 Prozent des jährlichen Holzzuwachses genutzt, rund 4,5 Millionen Kubikmeter. Bei einer mittelfristig möglichen zusätzlichen industriellen Nutzung von bis zu 3,1 Millionen Kubikmeter könne das Land jährlich 150 Millionen Euro zusätzliche Steuereinnahmen erzielen. Dieses vor allem in kleinen Privatwäldern vorhandene Potenzial auszuschöpfen, soll auch nach Willen der Landesregierung künftig Hauptaufgabe des neu strukturierten Landesbetriebs sein. Allerdings bezweifelten Schmidt und andere Gutachter, dass diese Aufgabe mit weniger Personal effektiv zu lösen sei: „Wo immer sich der Staat zurückzieht, geht der Holzeinschlag ebenfalls zurück.“

WACHSTUMSMARKT

Professor Bastian Kaiser von der Forsthochschule Rottenburg hätte den Politikern auch eher eine weitere Investition in diesen Wachstumsmarkt empfohlen, sah aber die Sparzwänge des Haushalts. Eine Reduzierung auf 15 Forstämter gehe daher aus Sicht der Kunden sicher in Ordnung, aus Sicht der Naturschützer vermutlich nicht. Dringend legte er den Verantwortlichen ans Herz, über eine Reduktion der Aufgaben in der Zentrale nachzudenken. Die sei aber ohne nennenswerte Investitionen in die Forstbetriebsbezirke kaum

möglich. Zudem regte Kaiser an, die „sehr optimistischen Grundpfeiler“ Wachstum und Wertschöpfung zu überprüfen.

Die Arbeit werde zwar schwieriger, doch „zähneknirschend“ akzeptiere man die Forstreform, erklärte Stefan Keller, Sprecher der kommunalen Spitzenverbände und des Waldbesitzerverbands. Er warnte jedoch davor, weitere Fördermittel zu kürzen. Eine Einschätzung, der sich auch Dietrich Graf von Nesselrode für den Waldbauernverband anschloss. Maßgeblich für ihn: Die Anzahl der Förster in der Fläche. Diese dürften nicht mit zusätzlichen Bürokratieaufgaben belastet werden. Im Zusammenhang mit der geplanten Ausgliederung von 148 Mitarbeitern in die „Initiative pro Wald“ (IPW) fürchtet Nesselrode um die gute Betreuung bei Fragen der FFH-Richtlinien-Umsetzungen, Landschaftsplanung und Tourismusprojekte. In der wichtigen Beratungsarbeit wollen die Waldbesitzer das Land mit dem Aufbau von derzeit vier forstwirtschaftlichen Vereinigungen im Sauer- und Münsterland unterstützen. Positive Rückmeldung gab es auch von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald: Gerhard Nandrup sah die notwendigen Rahmenbedingungen weitgehend gesichert.

„Privatisieren Sie einfache Aufgaben wie die Auszeichnung von Bäumen. Dazu sind die Forstleute zu gut ausgebildet“, forderte der Göttinger Professor Artur Frank. Bei einer stra-

tegischen Ausrichtung auf Beratung, hoheitliche Aufgaben und wesentliche Entscheidungen sei der Landesbetrieb langfristig mit 148 Stellen weniger durchaus gesichert. Die durchschnittliche Waldfläche je Forstamt steigt damit von 26.700 auf 66.000 Hektar. Im Durchschnitt gibt es künftig 25 Reviere pro Forstamt. Um die Forstleute für ihre neuen Aufgaben fit zu machen, forderte Frank eine Neuausrichtung der Auffanggesellschaft IPW. Sie solle sich nicht selbst überflüssig machen, sondern vielmehr eine „Initiative Personalweiterbildung“ werden.

Ganz konkrete Anregungen kamen auch von Dr. Wolfhard von Boeselager. Für die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt (LNU) wandte er sich gegen die Zuweisung des Königsforsts zu zwei verschiedenen Bereichen (Eitorf und Gummersbach). Eine solche Aufteilung entspreche nicht dem Ziel einer naturräumlichen Abgrenzung. Königsforst, Wahner Heide, Stallberger Fischteiche, Forst Krebsauel und die Siegmündung sollten zu einer Verwaltungseinheit zusammengefasst werden. Außerdem

warnte er, die attraktiven Angebote in der Waldpädagogik im Zuge der Reform abzubauen.

Unverständnis zeigte Ulrich Gießelmann von der Industriegewerkschaft Bau: Neben Kritik an konkreten Maßnahmen wie der Neuaufteilung von Forstbezirken, verlangte er, die 2005 auf den Weg gebrachte Reform erst einmal wirken zu lassen.

volk



Politik will attraktiver werden – aber wie?

Interviews mit den Vorsitzenden aller vier Landtagsfraktionen

Bei aller Berichterstattung über die Festlichkeiten anlässlich des 60. Geburtstags von Land und Landtag mochte manch kritischer Politikbeobachter den Eindruck gewinnen, Parlamentsarbeit habe in erster Linie etwas mit Ausgelassenheit und Feierlaune zu tun. Weit gefehlt, denn mit dem Jahr 2006 geht ein überaus arbeits- und ereignisreiches Jahr zu Ende. Das Landesparlament blickt auf 31 Plenarsitzungen, 341 Ausschusssitzungen und 41 Anhörungen zurück. Zudem wurden insgesamt 35 Gesetze verabschiedet. Eine Arbeitsbilanz, die sich sehen lassen kann. In der letzten Ausgabe des Jahres bat „Landtag intern“ die Fraktionsspitzen – Helmut Stahl (CDU), Hannelore Kraft (SPD), Sylvia Löhrmann (GRÜNE) und Dr. Gerhard Papke (FDP) – um eine persönliche Rückschau sowie um einen landespolitischen Ausblick.

In 60 Jahren war NRW Motor der Entwicklung in Deutschland. Ist dieser Motor ins Stottern geraten? Wenn ja, wie gewinnt er seine alte Zugkraft zurück?

Stahl: Ja, zweifellos war der Motor ins Stocken geraten. Seit Mitte 2005 ist meine Fraktion in der Regierungsverantwortung, und wir machen den Motor wieder flott: Mit Reformen in Bildung und Wissenschaft, der Landesverwaltung oder beispielsweise bei der Ladenöffnung. Die Wirkungen sind spürbar, für alle: Die Wirtschaft belebt sich, die Steuereinnahmen wachsen, die Arbeitslosigkeit geht zurück, um nur wenige Beispiele zu nennen. NRW gewinnt wieder an Schwung.

Hunderttausende haben beim Bürgerfest im August ihre Verbundenheit mit dem Land gezeigt. Andererseits gehen immer weniger Bürger zu den Wahlen. Welchen Ausweg sehen Sie aus diesem Dilemma?

Stahl: „Den“ Ausweg gibt es leider nicht. Demokratie lernen und erleben fängt zu Hause an und in unseren Schulen. Nicht allein die Politik ist gefragt, sondern auch Eltern und Erzieherinnen und Erzieher. Jedoch muss die Politik wieder attraktiver werden. Nicht alles muss so kompliziert diskutiert werden, wie es ist. Wir als Politikerinnen und Politiker in unseren Gemeinderäten bis ins Europäische Parlament sollten öfter die Menschen spüren lassen, dass Politik gestalten Freude macht.

Ein politisch ereignisreiches Jahr geht zu Ende. Welche landespolitische Entscheidung hat für Sie die größte Tragweite für die Zukunft von Nordrhein-Westfalen?

Stahl: Da kann ich nicht nur eine Entscheidung, da muss ich mehrere nennen. Von großer Tragweite sind das neue Schul- und das neue Hochschulrecht. Das wird unser Land Nordrhein-Westfalen verändern – ich bin sicher, zum Guten. Der Unterrichtsausfall an den Schulen konnte fast halbiert werden, und wir haben den Einstieg in den Ausstieg aus der Schuldenspirale geschafft. Erstmals seit Jahren gibt es in 2007 wieder einen Haushalt, wie ihn unsere Verfassung vorschreibt. Das ist ein großartiger Erfolg.

Kraft: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben in den vergangenen sechs Jahrzehnten sehr viel erreicht und auch schwierige Situationen mit Herz und Verstand, durch ein großes Engagement und ein solidarisches Miteinander gemeistert. Das „Wir in NRW“ hat eine Ausstrahlung weit über die Grenzen unseres Landes hinaus. Auch heute schaut man auf NRW, um zu sehen, wie die Menschen hier die Probleme, die aus zunehmender Globalisierung und demographischen Veränderungen resultieren, gelöst werden. Das ist nicht einfach. Vor allem die immer noch steigende Zahl der Langzeitarbeitslosen bereitet mir große Sorgen. Hier muss viel mehr getan werden. Außerdem gilt es, neue Potenziale zu erschließen. Entscheidend ist hierfür eine bessere Verzahnung von Wissenschaft und Forschung mit der Wirtschaft vor Ort.

Kraft: Sinkende Wahlbeteiligungen sind ein Warnsignal. Alle Parteien sind gefordert, ihre Strukturen und Organisationsformen weiterzuentwickeln, damit sie attraktiver werden und sich wieder mehr Menschen dort engagieren. Die Politik insgesamt wird ihren Handlungswillen und ihre Handlungsfähigkeit deutlicher herausstellen und Verlässlichkeit beweisen müssen. Außerdem wäre es gut, mehr in die politische Bildung zu investieren und nicht weniger. Fatal ist in diesem Zusammenhang die angedachte Abschaffung von Stichwahlen.

Kraft: Ich bin der festen Überzeugung, dass die schwarz-gelbe Koalition in diesem Jahr insbesondere in dem Bereich Bildung und Erziehung Entscheidungen getroffen hat, die nachhaltige negative Auswirkungen haben werden. Höhere Elternbeiträge für die Kindertagesstätten, weniger Chancengerechtigkeit (Schulgesetz) und die Einführung von Studiengebühren weisen in die falsche Richtung. Anstatt junge Menschen zu fördern und ihnen die größtmöglichen Chancen zu eröffnen, werden Bildungschancen verbaut. Das „Jahr des Kindes“ bot eine große Möglichkeit; leider wurde diese nicht genutzt.



Helmut Stahl (CDU)



Hannelore Kraft (SPD)



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



Dr. Gerhard Papke (FDP)

Löhrmann: Wenn NRW auf Zukunftstechnologien setzt, etwa auf erneuerbare Energien, dann kann das Land als Weltmarktführer für nachhaltige Innovationen wieder zum deutschen Wirtschaftsmotor aufsteigen. Dazu bedarf es keines Kohlesockels, sondern einer Orientierung an der Zukunft. Zu dieser Zukunft gehören auch die Dienstleistungen, die in NRW einen immer breiteren Raum einnehmen werden. Voraussetzung für den Erfolg ist zudem die erfolgreiche Integration von allen, die hier leben. Die Vielfalt war schon immer eine Stärke an Rhein und Ruhr – auf die ich stolz bin und die über die Zukunft unseres Landes entscheidet.

Löhrmann: Wir brauchen mehr Glaubwürdigkeit und Authentizität. Die Menschen erkennen genau den Unterschied, ob es einer Politikerin oder einem Politiker um die gute Sache im Interesse der Menschen geht oder nur um das eigene Image und die Karriere. Außerdem wählen Menschen nur, wenn sie glauben, dass sich etwas verbessern kann. Deshalb sind die Parteien gefordert, Lösungen und Visionen für die Zukunftsfragen unserer Zeit aufzuzeigen: Klimawandel, demographische Entwicklung, Gestaltung der Wissensgesellschaft in Zeiten der Globalisierung. Dabei müssen die Sicherungssysteme so gestaltet werden, dass die Menschen wissen und spüren, dass sie vor den Lebensrisiken Arbeitslosigkeit, Krankheit und Armut geschützt sind.

Löhrmann: Mit Schulgesetz und Studiengebühren hat die Landesregierung die soziale Gerechtigkeit in NRW langfristig geschädigt. Gerade in Zeiten, in denen der Staat nicht in allen Lebenslagen den Erhalt des einmal erworbenen Lebensstandards garantieren kann, ist Chancengleichheit – und damit Bildung – die entscheidende soziale Gerechtigkeitsfrage. Diese Chancengleichheit hat Jürgen Rüttgers in diesem Jahr ruiniert: 1. Mit der Aufhebung der Schulbezirke sorgt er für eine Zwei- oder Dreiklassengesellschaft zwischen den Schulen. 2. Mit der nur für das Gymnasium geltenden Schulzeitverkürzung und mit der Stärkung der Hauptschulen auf Kosten der Gesamtschulen zementiert er trotz der PISA-Erkenntnisse ein Schubladen-Schulsystem der Vergangenheit, das Kinder schon mit neun und zehn Jahren aussortiert und Durchlässigkeit systematisch behindert. 3. Mit den Studiengebühren hat er für weniger Studienanfänger gesorgt. Dabei braucht NRW als Land im Strukturwandel mehr Hochqualifizierte. Leidtragende sind die Leistungsfähigen, die keine finanzstarke Familie im Hintergrund haben. Die Landesregierung forciert mit Schulgesetz und Studiengebühren die soziale Spaltung.

Dr. Papke: NRW war und ist ein Land mit enormen Potenzialen. Doch zehn Jahre Rot-Grün haben den Motor unseres Landes nicht nur zum Stottern gebracht, sondern einen regelrechten Motorschaden verursacht. Ein Schuldenberg von 113 Milliarden Euro, Massenarbeitslosigkeit und die größte Pleitewelle, die unser Land je erlebt hat – das ist die Schadensbilanz nach einem Jahrzehnt Rot-Grün. Die schwarz-gelbe Koalition hat unser Land in einem denkbar schlechten Zustand übernommen. Aber mit unserer konsequenten Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung haben wir zu einer Aufholjagd angesetzt, um im Wettbewerb der Bundesländer wieder Spitzenpositionen zu belegen. FDP und CDU investieren in die Zukunft, in Bildung, Innovation und Forschung. Unser Reformkurs wird NRW wieder zu einem Land des Aufbruchs und der neuen Chancen machen.

Dr. Papke: Die Koalition aus FDP und CDU steht für verlässliche Politik. Wir setzen in der Regierungsverantwortung das um, was wir vor der Wahl angekündigt haben. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesem Politikstil, der sich maßgeblich von Rot-Grün unterscheidet, wieder für mehr Vertrauen in die Politik sorgen und die Menschen sich wieder stärker in die Gestaltung unseres Landes einbringen wollen – auch bei Wahlen. Zudem wird die von der schwarz-gelben Koalition eingeleitete Reform des Wahlrechts zu mehr Wahlbeteiligung führen. Die Menschen erhalten durch die Einführung des Zweitstimmwahlrechts die Chance, ihrem politischen Willen gezielter Ausdruck zu verleihen. Sie haben mehr Einflussmöglichkeit und die werden sie auch nutzen.

Dr. Papke: Die Erneuerung unseres Landes ist von FDP und CDU erkennbar vorangebracht worden. Wir haben eine Vielzahl von Reformen umgesetzt. Das neue Schul-, das Studienbeitrags- und das Hochschulfreiheitsgesetz sind verabschiedet. Die Ladenöffnungszeiten sind freigegeben, 3.230 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen, der Unterrichtsausfall ist drastisch reduziert worden und die Konsolidierung der Landesfinanzen kommt gut voran. Wichtig ist, dass wir den eingeschlagenen Reformkurs weiter konsequent verfolgen, um unser Land zu modernisieren. Eines der bedeutendsten Projekte müssen wir jetzt schultern: das verbindliche Ende des Subventionsbergbaus. Wir wollen in die Zukunft investieren, in Bildung, Forschung und neue Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen, statt weiter Steuermilliarden zu verschwenden.

Die Fragen stellen Jürgen Knepper und Axel Bäumer.



Draußen vor der Tür, in den Gebieten früheren Bergbaus, findet man hin und wieder in der Landschaft diese Schilder. – Die Abbildung unten ist das Logo des Vereins von Bergbaugeschädigten im Aachener Revier.

gebeten. Anschließend erfolgt in einem gemeinsamen Termin eine ausführliche Erörterung des Antrags. Soweit es notwendig erscheint, können auch Sachverständige hinzugezogen und gegebenenfalls mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt werden.

Das Gremium setzt sich zusammen aus einem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt vorweisen muss, vom Landgericht Saarbrücken benannt und durch den Landesverband Saar der Bergbaubetroffenen und die DSK bestellt wird. Darüber hinaus werden Beisitzer durch den Landesverband und die DSK bestellt.

AKZEPTANZPROBLEME?

In der Diskussion im Ausschuss wurde der Bericht über die Organisation und Erfahrungen der Schlichtungsstelle von allen Fraktionen grundsätzlich positiv und damit als mögliches Vorbild für NRW bewertet. Es gab auch Nachfragen. So wollten die Abgeordneten die große Diskrepanz zwischen der Zahl der jährlich bei der DSK eingehenden Schadensmeldungen und der von der Schlichtungsstelle behandelten Fallzahlen erklärt wissen. Die aus dem Saarland stammenden Schadensmeldungen beliefen sich allein im Jahr 2005 auf insgesamt rund 13.000 (NRW: rund 33.000). Die Schlichtungsstelle wurde im gleichen Zeitraum jedoch bei gerade einmal 31 Fällen eingeschaltet. Lasse dies Rückschlüsse auf eine mangelnde Akzeptanz des Gremiums zu?

Diese scheinbare Diskrepanz, erläuterte Jürgen Eikhoff (Technischer Vorstand der DSK), sei auf die Tatsache zurückzuführen, dass der überwiegende Teil der Schadensfälle direkt

mit der Bergschadenabteilung der DSK

geklärt werden könne. Trotzdem,

so die Überzeugung der Abgeordneten, werde es weiterhin Fälle geben, bei denen eine Einigung zunächst nicht möglich erscheint. In diesen Fällen sollten Betroffene künftig auch in NRW eine Schlichtungsstelle mit der Klärung des Sachverhalts beauftragen können, ohne direkt ein Gerichtsverfahren anstreben zu müssen.

Der Vorsitzende schloss mit der Bitte in Richtung DSK und Wirtschaftsministerium, eine Konzeption für eine Schlichtungsstelle in NRW zu erarbeiten und diese dem Unterausschuss zur weiteren Beratung und dieser dem Ausschuss zur weiteren Beratung und Abstimmung vorzulegen.

ax

Motto: Vom Saarland lernen

Ausschuss befürwortet „Schlichtungsstelle Bergschaden“ für NRW

Im Saarland gibt es sie seit mehr als vier Jahren – die „Schlichtungsstelle Bergschaden“. Sie soll Streitigkeiten zivilrechtlicher Art beilegen, die sich im Zusammenhang mit Einwirkungen des Steinkohlenbergbaus zwischen Eigentümern von Grundstücken und der Deutschen Steinkohle AG (DSK) ergeben. Konkret geht es dabei um die Vermittlung im Falle von durch Bodenbewegungen oder Erderschütterungen verursachten Schäden etwa an Häusern. Probleme, die auch hierzulande nicht unbekannt sind. Daher sprachen sich die Abgeordneten im Unterausschuss Bergbausicherheit (Vorsitz Josef Hovenjürgen, CDU) einvernehmlich dafür aus, NRW solle dem saarländischen Vorbild folgen und eine eigene Schlichtungsstelle einrichten.

Insgesamt 128 Mal ist die saarländische Schlichtungsstelle seit ihrer Konstituierung im Juli 2002 tätig geworden. Dies berichteten Peter Franke und Ulrich Kaiser aus dem nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium, die sich auf Bitten des Ausschusses über die Einrichtung im Nachbarland informiert haben. Hintergrund für die Nachfrage ist nicht zuletzt die seit Ende 2000 stetig zunehmende Zahl von Bergschadensmeldungen aus dem Kreis Heinsberg, die den Unterausschuss Bergbausicherheit in diesem Jahr bereits mehrfach beschäftigt hat.

Die Entscheidungen der saarländischen Schlichtungsstelle würden nach Auskunft ihres Vorsitzenden „zum deutlich überwiegenden Teil akzeptiert“. Eine Quote, in wie vielen Fällen das Anrufen der Schlichtungsstelle zu einer Verbesserung der Situation der Hilfesuchenden geführt habe – etwa durch ein verbessertes Regulierungsangebot seitens der DSK – wurde jedoch nicht genannt. Die Schlichtungsanträge führten in der Mehrzahl „zumindest teilweise zum Erfolg“.

Grund für die Einrichtung der Schlichtungsstelle sei die in der Bevölkerung schwindende Akzeptanz der Auswirkungen des Bergbaus gewesen. Zudem kritisierten Betroffene die Regulierung von Bergschäden durch die DSK sowie die Durchsetzbarkeit von Schadensersatzansprüchen als unzureichend. Die saarländische Landesregulierung sah Handlungsbedarf und richtete schließlich die Schlichtungsstelle ein.

Tätig wird die Stelle auf Antrag eines Betroffenen, wenn dieser bereits die Bergschadenabteilung der DSK Saar eingeschaltet hat, eine einvernehmliche Klärung zur Anerkennung von Schäden als Bergschäden oder zur Regulierung von Bergschäden jedoch nicht erzielt werden konnte. Geht ein Antrag bei der Schlichtungsstelle ein, wird zunächst die DSK um eine Stellungnahme



Groß war die Nachfrage nach fachmännischem Rat zum Gesetzesvorhaben, groß auch das Interesse der Experten und Betroffenen, in der Anhörung ihre Sicht der Dinge darzulegen.

Bürgernähe, Transparenz, Wirtschaftlichkeit

Experten wägen Chancen und Risiken der Verwaltungsstrukturreform ab

Effizienter und damit schneller und billiger soll die Verwaltung in Nordrhein-Westfalen werden. Dies sieht der Entwurf zum Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur (Drs. 14/2574) vor. Enthalten ist darin die Auflösung der Sonderbehörden wie zum Beispiel des Landesumweltamtes, der staatlichen Ämter für Arbeitsschutz, der Bergämter sowie der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten.

Foto: Schälte

Der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform (Vorsitz Edgar Moron, SPD) hörte zum Gesetzentwurf Sachverständige. Da Bereiche vom Umwelt- und Naturschutz bis zum Arbeitsschutz tangiert werden, war die Rednerliste besonders umfangreich. Die Positionen waren klar verteilt: Die Personalvertreter sprachen von Ängsten, die kommunalen Spitzenverbände von finanziellen Risiken und die Vertreter der Wirtschaft von Chancen.

„Es darf keine Kommunalisierung geben, ohne Einhaltung des Konnexitätsprinzips“, forderte Axel Welge vom Städtetag. Das bedeute: Das Land kommt auf für Kosten, die es den Kommunen verursacht. „Wir werden alle justiziablen Möglichkeiten ausschöpfen.“ Dem Grundsatz ‚Straffen und Privatisieren‘ konnte er allerdings einiges abgewinnen. „Sicherlich gibt es viele Aufgaben im Bereich der Sonderbehörden, die die Kommune gut selber machen kann.“

Seit mehreren Jahren verlangten die kommunalen Spitzenverbände bereits die Auflösung der Sonderbehörden, erinnerte Hans-Gerd von Lennep vom Städte- und Gemeindebund. „Wir haben vor allem im Umweltbereich ein extremes Nebeneinander von Zuständigkeiten.“ So nähmen sage und schreibe 52 Behörden in NRW Umweltaufgaben wahr. Grundsätzlich positiv eingestellt war auch Dr. Marco Kuhn vom Landkreistag, der sich von der Reform vor

allem „mehr Bürgernähe, mehr Transparenz und mehr Wirtschaftlichkeit“ versprach.

Volker Jochimsen berichtete von der Verwaltungsstrukturreform in Baden-Württemberg. „Wir haben 95 Sonderbehörden eingegliedert und über 20.000 Mitarbeiter waren davon betroffen.“ Das Ergebnis dieses Mammutwerks sei überwiegend positiv gewesen. „Die größte Panne war, dass ein Sozialamt zehn Tage geschlossen hatte.“ Zum größten Teil seien die Aufgaben von den Folgebehörden nahtlos wahrgenommen worden. „Der Ansatz in NRW ist zu begrüßen.“

„ÄNGSTE“

Eine ganz neue Wendung gaben die Vertreter der Gewerkschaften der Diskussion. „Hier werden Strukturen ersatzlos auseinandergerissen, die lange funktioniert haben“, kritisierte Ralf Woelke vom DGB. Die Seelenlage von 3.000 Beschäftigten machte Heinz-Jürgen Wirth vom Hauptpersonalrat beim Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz dem Ausschuss klar. „Die Mitarbeiter wissen heute noch nicht, wo sie in zwei Monaten arbeiten werden und ob ihre Aufgaben vielleicht sogar ganz wegfallen“, prangerte er an.

„Der Arbeitsschutz wird hier wie auf dem Basar gehandelt“, meinte gar Arno Antusch von Ver.di zur Auflösung der staatlichen Ämter für Arbeitsschutz. „Die Landesregierung gaukelt

uns vor, der Staat müsse sich zur Förderung der Wirtschaft auf das institutionelle Rahmenwerk zurückziehen.“ Allerdings müsse der Staat auch die Sicherheit und Ordnung – nicht nur der Arbeitnehmer – garantieren.

Das Bild der „Zersplitterung einer Struktur, die uns als Wirbelsäule dient“, beschwor Dr. Wolfgang Braun vom Verband deutscher Betriebs- und Werksärzte herauf. Die Krise und kreisfreien Städte, in die die Arbeit der Sonderbehörden verlagert werden soll, könnte die fachliche Begleitung gar nicht leisten, sagte Klaus-Leo Lemanski vom Verein Deutscher Gewerbeaufsichtsbeamter. „Das Ergebnis werden längere Genehmigungsfristen sein.“ Diese Ängste teilte Hans-Jürgen Mittelstaedt vom Verband der Chemischen Industrie nicht. Er lobte die Bestrebungen zur Schaffung einer „kostengünstigeren und übersichtlicheren Verwaltung“.

Waren die Experten bei der Auflösung der Sonderbehörden noch geteilter Ansicht, so zeigten sie sich einig in ihrer Skepsis gegenüber Stufe zwei der Reform – der Bildung von drei Regionalpräsidien im Rheinland, im Ruhrgebiet und in Westfalen für die Aufgaben, die nicht privatisiert oder kommunalisiert werden. Dadurch entstehe eine Vermischung von staatlichen und kommunalen Aufgaben, meinte Professor Jörg Bogumil von der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bochum. Außerdem schaffe man zu große und unübersichtliche Verwaltungseinheiten. YV

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 22. Januar 2007 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Über den Restrukturierungsplan der Landwirtschaftskammer NRW informierte Kammerdirektor Ludwig Hanebrink den **Umweltausschuss** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU): Ziel der Restrukturierung sei es, ab dem Jahr 2012 ohne Finanzaufwendungen des Landes auszukommen. Diese liegen momentan bei 15,5 Millionen Euro und sollen in den kommenden sechs Jahren schrittweise heruntergefahren werden. Insgesamt ist geplant, den jährlichen Haushalt in einem „Kraftakt“ um 20 Millionen Euro zu reduzieren. Erreicht werden soll dies vor allem durch den Abbau von insgesamt 280 Stellen. Betriebsbedingte Kündigungen seien nicht geplant. Zusätzlich sollen die Sachkosten gesenkt und die Einnahmen verbessert werden.

+++

Die Geduld vieler Pendler wird in diesen Tagen auf die Probe gestellt. Die Radiostationen melden nur noch lange Staus, um den Programmablauf nicht durcheinander zu bringen. In den Medien häufen sich Berichte über „Megastaus“, vielfach ist die Rede vom „Verkehrschaos“. Die SPD nahm das zum Anlass, um bei Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) im **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) nachzuhaken: Wittke habe sich als „der große Stau-Löser ausgegeben“, aber die Taten vermissen lassen, so der Vorwurf der Opposition. Stattdessen seien Staus wie nie zuvor das Ergebnis. „Die Lage stellt sich bei weitem nicht so dramatisch dar, wie berichtet wurde“, widersprach der Minister. Statistisch gesehen sei die Zahl der Staus im Vergleich zu den Vorjahren insgesamt sogar leicht zurückgegangen. Gleiches gelte für die durchschnittliche Staudauer und -länge. „Das ist noch kein durchschlagender Erfolg – auch ich ärgere mich über jeden Stau –, aber es ist ein Indiz dafür, dass unser Staumanagement zu greifen beginnt“, so Wittke.

Aus Grün mach Blau? Die Dienstkleidung der Polizei in NRW ist veraltet. Daher lässt das Innenministerium im kommenden Jahr von landesweit 1.000 Beamten neue Polizeiuniformen testen. Neu werden dabei nicht nur der Schnitt und die verwendeten Stoffe und Materialien sein, sondern auch die Farbe: Das Grün-Beige soll einem Dunkelblau weichen. Grund dieses Farbwechsels ist die Idee einer europäeinheitlichen Polizeiuniformfarbe und die ist in den meisten EU-Ländern bereits blau. „Bei dem Trageversuch geht es



Illustration: Peter Flock

uns in allererster Linie um eine Verbesserung der Funktionalität und des Tragekomforts“, betonte Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) im **Innenausschuss** (Vorsitz Winfried Schittges, CDU). Dies sei wesentlich wichtiger als die Farbentscheidung. Nach vier bis sechs Monaten werde man den Trageversuch auswerten und dann eine Entscheidung treffen. Sollte man sich dann für die neue Uniform entscheiden, soll der Wechsel kostenneutral erfolgen. Das heißt: Nur verschlissene Uniformen werden ausgemustert und gegen neue Uniformen ersetzt. Laut Schätzung des Ministeriums würde es mindestens drei Jahre dauern, bis der Tausch „alt gegen neu“ komplett vollzogen sei.

+++

Das Kind in den Mittelpunkt der Überlegungen zu stellen ist die Devise der **Enquetekommission II** „Chancen für Kinder – Rahmenbedingungen und Steuerungsmög-

lichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-Westfalen“ (Vorsitz Professor Dr. Rainer Bovermann, SPD). In einer ausführlichen Bestandsaufnahme der Situation von Bildung, Erziehung und Betreuung in NRW beschäftigt sich die Kommission mit der aktuellen rechtlichen Situation, der Finanzierung und den Steuerungsmöglichkeiten. Darüber hinaus sollen neueste wissenschaftliche Erkenntnisse sowie gute Beispiele aus der Praxis betrachtet werden. Dem Gremium gehören neben neun Abgeordneten aus allen vier Fraktionen auch sechs sachverständige Mitglieder aus Wissenschaft und Praxis an. Die Enquetekommission hat gerade auf einer Klausurtagung in Essen Rahmenbedingungen, Ressourcen und Angebote diskutiert. Ziel ist es, in einem Abschlussbericht Handlungsempfehlungen für die Landespolitik vorzustellen.

+++

Die Serie von Gewalttaten in den Justizvollzugsanstalten des Landes reißt nicht ab: In der jüngsten Sitzung der **Vollzugskommission** (Vorsitz Angela Freimuth, FDP) unterrichtete das Justizministerium die Mitglieder davon, dass zwischen dem 12. November und dem 4. Dezember 26 Fälle von möglichen Gewalttaten von Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten in NRW gemeldet wurden. Dabei handelte es sich größtenteils um Gewalttaten unter Gefangenen, in einem Fall aber auch um einen Angriff auf einen Bediensteten. Die Vollzugskommission des Rechtsausschusses wurde Ende der 60er Jahre als Reaktion auf die so genannte Kölner „Klingelpütz-Affäre“ gebildet und befasst sich mit allgemeinen Fragen des Strafvollzugs. Dazu greift sie besondere Fachthemen auf, sucht Einrichtungen des Strafvollzugs in NRW auf, um sich vor Ort einen Eindruck zu verschaffen.

+++

Die Schaffung von mindestens 30.000 zusätzlichen Studienplätzen bis zum Wintersemester 2013/2014, so lautet eine Forderung der GRÜNE-Fraktion in ihrem Antrag „Zukunftschancen sichern – NRW braucht eine Offensive für mehr Studienplätze“ (Drs. 14/2487), mit dem sich der **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** (Vorsitz Ewald Groth, GRÜNE) am 18. Januar 2007 ab 13.30 Uhr im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im CDU-Fraktionssaal beschäftigen wird.

Pianist und Bassist des
Sebastian Sternal Trios

Fotos: Schälte

Mit Toleranz und Lebensart

Südliche Rheinregion feiert im Düsseldorfer Parlament

In Westfalen geht das Gerücht, Kölner und Bonner könnten nicht mit den Düsseldorfern. Was der gemeine Nicht-Rheinländer dabei zu übersehen scheint, ist – neben der gemeinsamen Leidenschaft für Karneval – das die Rheinseiten übergreifende Motto „läwe un läwe losse“. Auf Hochdeutsch bedeutet das in etwa „Toleranz und Lebensart“ – und so war er denn auch überschrieben, der siebte und letzte Regionalabend im Jahr des 60. Landesgeburtstags.

Es war eine bunte Mischung aus Kultur- und kulinarischem Programm, aber auch eine Menge Informationen über die Region des Mittelrheins. „Diese Region ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen in Europa“, stellte Leverkusens Oberbürgermeister Ernst Küchler stolz fest und verwies auf die 21 Hochschulen und 1,3 Millionen Arbeitsplätze, an denen ein Fünftel des Brutto-Inlandsprodukts von NRW erwirtschaftet wird. Eine Region, in der drei Millionen Menschen ihre Heimat haben.

„Nicht wenige von ihnen sind Immis, zu deutsch Zugezogene, die es beruflich in diese lebenswerte Region verschlagen hat“, wusste Landtagspräsidentin Regina van Dinther als Gastgeberin zu berichten. Als bekennende Westfälin skizzierte sie die Region zwischen Bergheim und Siegburg, Leverkusen und Königswinter als Landstrich „voll wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, wissenschaftlicher Innovationskraft, Kultur vom Feinsten, Spuren römischer Geschichte und landschaftlicher Reize“. Sachkenntnis, die nicht nur Ernst Küchler freute: „Die Landtagsabgeordneten haben viel zu entscheiden. Da ist es einfach wichtig, dass alle Abgeordneten alle Regionen dieses Landes kennen.“ Der Vorsitzende der Region Köln-Bonn e.V. hält die Idee der parlamentarischen Regionalabende für „geradezu genial“. Schaffe man doch eine Atmosphäre für entspannte Gespräche und Information.

Apropos Information: Davon gab es in der Wandelhalle reichlich. Neben dem Sponsor Sparkasse präsentierten sich hier der UNO-Standort Bonn, das Max-Ernst-Museum aus Brühl mit seiner neuen Paul-Klee-Ausstellung, sowie Cologne-Bonn-Business und der Verein Region Köln-Bonn. Am Stand der Rheinland-Kultur konnte man eintauchen in die römische Vergangenheit der Region – auch wenn der Niederdollendorfer Reliefstein nur aus Plastik war. Das Original steht übrigens im Rheinischen Landesmuseum in Bonn. Ein Besuch lohnt sich ganz sicher.

BRAUCHTUM

Nur ein paar Meter weiter gab es dann Aufklärung über all die Jäger, schwarzen und roten Husaren sowie Marinekameraden, die sich unter die 700 Gäste gemischt hatten. Die St. Sebastianus-Schützen aus Königshoven mit ihren verschiedenen Kompanien waren der beste Beweis dafür, wie sehr man am Rhein doch im Brauchtum verwurzelt ist. „Seltsamerweise haben wir nach der Umsiedlung des Dorfes in Folge des Braunkohleabbaus einen echten Boom zu verzeichnen“, berichteten Karl-Heinz Borsch und seine Mitstreiter den Abgeordneten. Die politischen Entscheidungen zum Braunkohle-Tagebau hätten den All-



Die Präsidentin (r.) und ihre Gäste (v.l.): OB Fritz Schramma (Köln), OB Bärbel Dieckmann (Bonn) und OB Ernst Küchler (Leverkusen).



Brauchtum in prächtigen Uniformen: Abordnung rheinischer Vereine auf dem Regionalabend.

tag ganzer Dörfer verändert. Auch das ist die Region Köln-Bonn.

Mit dem Bundestambourkorps von 1911 setzten die Königshovener dann auch den ersten musikalischen Paukenschlag des Abends. Auftakt für ein Programm der musikalischen Extraklasse. Von den besinnlichen Klängen des Bonner-Saxophon-Ensembles über Jazz vom Feinsten, dargeboten vom Sebastian Sternal Trio, den virtuosen Gitarrenklängen von Maurice Peter und Romano Franz bis hin zur optisch und akustisch begeisternden Show des Percussion-Ensembles „Notausstieg“ – was man mit alten Chemiefässern und Spachteln nicht alles machen kann! Nicht zu vergessen das Kölner Original Linus: Der Entertainer führte nicht nur durchs Programm, sondern begeisterte auch mit Parodie-Einlagen von Sinatra bis zu den Bee Gees. Da blieb dem Nikolaus samt Engelchen nur eine Nebenrolle.

Es war der gelungene Abschluss eines Jubiläumsjahres. Und für Landtagspräsidentin Regina van Dinther auch Anlass, Danke zu sagen – an die Abgeordneten aus den Regionen, aber auch an über 400 Partner in den Regionen, die die sieben ganz unterschiedlichen Abende erst möglich gemacht haben. „Sie haben eindrucksvoll gezeigt, wie bunt und vielfältig unser Land ist.“ Obwohl: So ganz vorbei ist es noch nicht. Erst die Region das Bergisches Land wird den Reigen Anfang nächsten Jahres komplettieren. *vok*

Ein runder Geburtstag stand ins Haus

„Landtag intern“ blickt zurück auf ein Jahr Parlamentsarbeit

60 Jahre und kein Stück leise: Für das nordrhein-westfälische Landesparlament trifft das allemal zu – zum Glück! Dazu beigetragen haben nicht zuletzt die Regionalabende, bei denen sich sieben Regionen des Landes im Rahmen einer Leistungsschau im Parlament vorgestellt haben. Doch auch sonst neigt sich für die Volksvertretung ein ereignisreiches Jahr dem Ende zu. Einige Schlaglichter:

Januar Mit Trauer und Bestürzung reagiert der Landtag auf die Nachricht vom Tode von Johannes Rau. Dieser war wenige Tage nach Vollendung seines 75. Lebensjahrs verstorben. „Mit Johannes Rau verliert die Bundesrepublik und das Land NRW eine große und über alle Grenzen geliebte Persönlichkeit“, so Landtagspräsidentin Regina van Dinter. Später nehmen Landtag und Landesregierung in einem bewegenden Staatsakt in der Düsseldorfer Tonhalle Abschied von Johannes Rau. 2.000 Gäste erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen und verweilen im stillen Gedenken.

Familienpolitik boomt: Vorschläge aus Berlin zu Elterngeld, kostenlosen Kindergartenplätzen und steuerlicher Absetzbarkeit von Haushaltshilfen erreichen auch den Landtag. In einer

Doch die Eintracht ist nicht von langer Dauer: In einer emotionsgeladenen Debatte diskutiert der Landtag über die von der Landesregierung angekündigte Reform der Gemeindeordnung. Insbesondere eine Amtszeitverlängerung der Bürgermeister auf acht Jahre stößt bei der Opposition auf Ablehnung.

„Eine Kultur des Verzichts“ fordert Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU), als er dem Landtag den ersten schwarz-gelben Etatentwurf für das laufende Jahr vorstellt. Die Opposition kritisiert Kürzungen im Jugendbereich.

März Die Angst vor der Vogelgrippe erreicht den Landtag: Wenige Tage nach der Hiobsbotschaft von erkrankten Tieren auf der Insel Rügen geht das Parlament der Frage nach,

April Mit dem Tod von Paul Spiegel, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, verliert das Land NRW eine weitere große Persönlichkeit in diesem Jahr. In einer bewegenden Gedenkfeier nimmt der Landtag Abschied. „Er war ein Freund Nordrhein-Westfalens, sein Rat war uns immer willkommen“, so die Präsidentin.

Die Vorfälle an der Berliner Rütli-Schule veranlassen den Landtag, das Thema Gewalt an Schulen in einer Aktuellen Stunde zu behandeln. Unter der Überschrift „Perspektiven für alle Schüler schaffen – Hauptschulen stärken“ diskutieren die Abgeordneten über die Zukunft der Hauptschulen in NRW.

Mai Nach einem Redemarathon zur zweiten Lesung sowie nach heftigen Auseinandersetzungen und Geschäftsordnungsdebatten verabschiedet der Landtag den Haushalt für das laufende Jahr in dritter Lesung. Die Opposition kann sich mit Änderungsanträgen nicht durchsetzen.

An einem Stück Stoff scheiden sich die Geister: Nach langen Debatten, Ausschussberatungen und Anhörungen verabschiedet der Landtag das so genannte „Kopftuchverbot“ für muslimische Lehrerinnen an NRW-Schulen – gegen die Stimmen der Opposition. Diese spricht von „fehlgeleiteter Integrationspolitik“.

Der Landtag im WM-Rausch: Getreu dem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ lädt das Parlament zu einem bunten WM-Abend in den



Aktuellen Stunde debattiert das Parlament über die Zukunft der Familienpolitik in NRW. Zudem gibt Familienminister Armin Laschet (CDU) im Ausschuss den Startschuss für ein Pilotprojekt bekannt: Kindertageseinrichtungen sollen zu Familienzentren weiterentwickelt werden. Die Opposition spricht von einer „Mogelpackung“.

Für Zuversicht sorgt ein Bericht des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI): Mit der NRW-Wirtschaft gehe es bergauf. Koalition und Opposition erklären jeweils die eigene Politik dafür verantwortlich.

Februar Selten herrscht im Landtag so viel Eintracht: Dreigestirne und Prinzenpaare aus ganz NRW folgen der Einladung der Landtagspräsidentin und verwandeln das Parlamentsgebäude fraktionsübergreifend in eine Karnevalshochburg.

ob NRW im Fall einer Ausweitung der Seuche ausreichend vorbereitet ist. Die Aussprache ist sachlich und fernab aller politischen Lagerkämpfe.

Nach langem Ringen verabschiedet der Landtag in dritter Lesung das „Gesetz zur Sicherung der Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen“. Im Klartext: Ab Wintersemester 2006/2007 können die NRW-Hochschulen von Studienanfängern bis zu 500 Euro Semestergebühren verlangen. Das Geld soll den Hochschulen zufließen und zur Verbesserung der Studienbedingungen beitragen.

Ein Hauch von „Jamaika-Koalition“: CDU, FDP und GRÜNE bringen gemeinsamen einen Eilantrag ein, in dem sie detaillierte Angaben zu den Kosten eines möglichen Ausstiegs aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau fordern. Die SPD stimmt gegen den Antrag.

Landtag ein. Rund 700 Gäste, darunter Fußballer und Funktionäre, folgen der Einladung. Gleichzeitig nimmt das Parlament die WM zum Anlass, um sein Nein zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu bekräftigen.

Juni Eine weitere Schlacht ist geschlagen: Trotz erbitterten Widerstands der Opposition bringt der Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP eine neues Schulgesetz auf den Weg.

Immer neue Funde von „Gammelfleisch“ lassen den Ruf nach härteren Strafen laut werden. Der Umweltausschuss lädt Experten in den Landtag, um Fragen zu staatlichen Kontrollmaßnahmen, zur Strafverfolgung und zur Transparenz in der Branche zu klären.

Eine Streitschrift des RWI zum Thema Steinkohlesubventionen erhitzt die Gemüter im Landtag: Während CDU und FDP von einer

wissenschaftlich fundierten Studie sprechen, mutmaßt die SPD, dass es sich um ein „Gefälligkeitsgutachten“ handelt. Kontroverse Debatte.

Juli Parlamentsferien, doch von Ruhe keine Spur: Die Bürgerhalle des Landtags ist eine Großbaustelle. Grund ist eine undichte Sprinkleranlage. Immer wieder tropfte Wasser durch die Foyerdecke. Darüber hinaus erhält der Landtag einen neuen Zugangsbereich. Dieser entspricht neuesten Sicherheitsstandards und ist deutlich bürgerfreundlicher.

August Ein Volksfest im besten Sinne: Anlässlich des 60. Jubiläums von Landtag und Land strömen Jung und Alt in Scharen zur Bürgermeile entlang des Düsseldorfer Rheinufer. Weit über 60.000 Besucher nehmen an diesem Wochenende auch die Volksvertretung voller Interesse und Neugier unter die Lupe: Neuer Besucherrekord!

„Geld für Begehrlichkeiten“ habe er nicht zu verteilen, so die Ansage des Finanzministers, als er den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2007 in erster Lesung einbringt. CDU und FDP räumen dem Konsolidierungskurs weiterhin oberste Priorität ein. Die Opposition kritisiert Kürzungen im Sozialbereich.

Ein Gütesiegel für Schulen, die sich intensiv um die individuelle Förderung der Schüler bemühen: Das Für und Wider dieser Idee der Schulministerin Barbara Sommer (CDU) erörtert der Landtag in einer Aktuellen Stunde. Die Regierung setze damit auf Auslese statt auf den flächendeckenden Ausbau der individuellen Förderung, kritisieren SPD und GRÜNE.

Politik auf einen Klick: Die Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ startet mit einem neuen Onlineportal. Artikel der aktuellen wie auch früherer Ausgaben lassen sich bequem und einfach über das Artikel-Archiv im Internet abrufen. Die Adresse: www.landtagintern.de

Oktober Verbesserung oder Rückschritt? Darüber streiten die Abgeordneten im Düs-

einfache Leute“ zu einem Festakt zusammen. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück zählen zu den Festrednern.

November Als zweites Bundesland nach Berlin gibt NRW die Ladenöffnungszeiten an Werktagen vollkommen frei. Der Landtag verabschiedet das Ladenöffnungsgesetz in dritter Lesung. Befürworter sprechen von einer längst überfälligen Liberalisierung, während Gegner Nachteile für die Arbeitnehmer fürchten.

Die grausame Ermordung eines 21-jährigen Häftlings durch Mithäftlinge in der JVA Siegburg beschäftigt den Rechtsausschuss in mehreren Sitzungen und Sondersitzungen. Während die Justizministerin eine lückenlose Aufklärung des Verbrechens ankündigt, fordert die Opposition den Rücktritt der Ministerin.

In einer Schweigeminute gedenkt das Parlament des ehemaligen Landtagspräsidenten John van Nes Ziegler, der am 14. November im Alter von 85 Jahren in seiner Heimatstadt Köln verstorben ist. Die Landtagspräsidentin erinnert in ihrer Ansprache an das große Lebenswerk des Politikers.



Um der Bedrohung durch so genannte „home-grown terrorists“ besser begegnen zu können, plant die Landesregierung, die Befugnisse des Verfassungsschutzes auszuweiten und stellt dem Landtag in erster Lesung den Entwurf eines geänderten Verfassungsschutzgesetzes vor. Während CDU und FDP den Entwurf grundsätzlich begrüßen, fürchtet die Opposition zu weitreichende Eingriffe in die Bürgerrechte.

September Geschmacklos, geruchlos, krebserregend: Die Rede ist von PFT, einer Industriechemikalie, die in Teilen Nordrhein-Westfalens in erhöhter Konzentration im Trinkwasser auftritt. Auch der Landtag beschäftigt sich in zahlreichen Plenar- und Ausschusssitzungen mit dem Umweltskandal und fordert schnelle Aufklärung und Maßnahmen zur Eindämmung der Verunreinigung.

seldorfer Parlament bis zuletzt. Schließlich verabschiedet der Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP das Hochschulfreiheitsgesetz. Damit können die Hochschulen in NRW als Körperschaften öffentlichen Rechts künftig eigenständig Finanz-, Personal- und Organisationsentscheidungen treffen. Die Opposition will, dass der Staat hier die Verantwortung behält.

In lebhafter Debatte beschäftigt sich der Landtag mit dem von der Landesregierung geplanten Verkauf der LEG-Wohnungen an einen Großinvestor. Die Koalition weist die Sorge der Opposition, die Mieterrechte blieben bei dem Verkauf auf der Strecke, als unbegründet zurück.

Festlicher Höhepunkt im runden Geburtsjahrsjahr von Land und Landtag: Unter der imposanten Kuppel der Tonhalle kommen Spitzen des Landes, Gäste der Bundespolitik und „ganz

Auch bei der Debatte über das Nachtrags-Haushaltsgesetz 2006 bleibt die Landesregierung ihrem Konsolidierungskurs treu – trotz sprudelnder Steuereinnahmen. Die Regierung spare an den falschen Stellen, lautet der Vorwurf der Opposition.

Dezember Die Zukunft der Steinkohle in NRW ist und bleibt ein heftig diskutiertes Thema im Landtag: Im Rahmen einer Aktuellen Stunde geht die Debatte in eine weitere Runde. Während die SPD für das Land einen bleibenden Sockelbergbau fordert, lehnen die Regierungsfaktionen sowie die Grünen den dauerhaften heimischen Steinkohlenabbau mit Blick auf die hohen Subventionszahlungen ab.

Erwartungsgemäß hoch her geht es bei der Debatte zur zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes 2007. Die dritte Lesung ist im Januar 2007. ax

CDU

Vorbereitung auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

In Vorbereitung auf die zum Jahresanfang 2007 beginnende deutsche EU-Ratspräsidentschaft hatte die CDU-Landtagsabgeordnete Ilka von Boeselager zu einer Tagung der europapolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen nach Düsseldorf eingeladen. In einer Erklärung betonten die Teilnehmer, dass die EU mit der bevorstehenden Aufnahme von Bulgarien und Rumänien an der äußersten Grenze ihrer finanziellen, politischen und institutionellen Handlungsfähigkeit angelangt sei. Bei zukünftigen Erweiterungsrounden müsse vor allem das Kriterium der Aufnahmefähigkeit der EU verstärkt Beachtung finden. Die ergebnisoffenen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei seien zudem auszusetzen, wenn die Türkei dauerhaft nicht in der Lage sei, die strengen EU-Beitrittskriterien voll und ganz zu erfüllen.

Nach den ablehnenden Volksabstimmungen zum Europäischen Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden seien erste richtige Schlüsse gezogen. Von Boeselager: „Ein einfaches ‚Weiter so‘ darf es bei der europäischen Politikgestaltung nicht geben.“ Erst wenn es gelinge, den Mehrwert europäischer Entscheidungsprozesse vor Ort im Alltag der Menschen erlebbar zu machen, sei es zu schaffen, den europäischen Integrationsprozess als das zentrale Politikmodell für Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit zukunftsfest zu gestalten. „Eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen regionaler, nationaler und europäischer Ebene liegt im vitalen Interesse der europäischen Regionen. Verloren gegangenes Vertrauen in die Bürgernähe und Gestaltungskraft Europas kann so zurückgewonnen werden.“ ■

GRÜNE

Nichtraucherschutz: Jetzt erst recht – aber richtig!

Die schwarz-rote Bundesregierung hat ganz aktuell ein schlechtes Stück vorgetragen. Im ersten Akt gab es die glückliche Botschaft der Bundeskoalition, es werde eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung für einen NichtraucherInnenschutz in Speiserestaurants und öffentlichen Gebäuden geben. Auch wenn dadurch das Rauchen in Bars und Kneipen nicht eingeschränkt worden wäre, hätte dies ein bundesweiter Anfang sein können.

Im zweiten Akt wurde das Gesetz mit dem Argument des Föderalismus zu Fall gebracht, um jetzt im dritten Akt frei nach dem Motto „wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründ‘ ich einen Arbeitskreis“ alles auf die lange Bank zu schieben.

Wir fordern weiterhin – im Einklang mit unseren Grünen in allen Landtagen – eine bundesgesetzliche Regelung, wobei Restaurants, Kneipen und Bars einbezogen werden sollen. Eine so umfassende Regelung ist über den Arbeitsschutz auch weiterhin in der Zuständigkeit des Bundes. Das geht trotz Föderalismusreform! Nur die Variante Bars und Kneipen auszunehmen geht nicht über den Arbeitsschutz, sondern nur über die gesetzlichen Regelungen für Gaststätten, die in der Länderzuständigkeit liegen.

Greift das nicht, dann werden wir einen vierten Antrag bzw. einen Vorschlag für eine gesetzliche Regelung auf Länderebene in den Landtag einbringen. Solange die FDP aber bei ihrer Haltung „freies Rauchen statt Schutz vor Passivrauchen“ bleibt, wird sich hier nichts bewegen. Hilfreich wären kommunale Beschlüsse, die Schwarz-Gelb im Land zum Handeln auffordern. ■

SPD

Schwarz-gelbe Gemeindereform ist kommunal- und bürgerfeindlich

Die Pläne der schwarz-gelben Regierungskoalition zur Reform der Gemeindeordnung sind ein Anschlag auf die wirtschaftliche Kraft der Kommunen und die kommunale Demokratie. Ministerpräsident Rüttgers und seine CDU sind bei ihren Plänen zur Reform der Gemeindeordnung gegen den Willen ihrer eigenen Basis vollständig vor der FDP eingeknickt. In der Düsseldorfer Regierung wackelt der Schwanz mit dem Hund. Bei der Entkopplung der Oberbürgermeisterwahlen und der Einführung der Zweitstimme macht die CDU sich zum Büttel der FDP. Es werden sechsjährige Sonnenkönige in den Kommunen eingeführt. Die verheerende Folge wird eine massiv einbrechende Wahlbeteiligung sein. CDU und FDP machen den Wahlverzicht zum System. Geradezu verheerend ist die geplante Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen. Das ist der Dolchstoß gegen die kommunalen Stadtwerke und Wohnungsbaunternehmen. Ein Bestandsschutz für bestehende kommunale Unternehmen ist keine Sicherheit, sondern Tod auf Raten. Durch die von CDU und FDP geplanten Regelungen werden die Kommunalunternehmen gegenüber Privaten benachteiligt. Das bedroht die Versorgungssicherheit in unseren Städten und Gemeinden und trocknet die kommunalen Finanzen aus“, betonten die beiden SPD-Kommunalexperthen. Hier gehe es nur darum, die Ideologie des Koalitionsvertrages ‚Privat vor Staat‘ durchzupeitschen. ■

FDP



Einen Ehrengast konnten die Liberalen im Düsseldorfer Landtag zum Jahresende bei sich begrüßen. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hatte an der vorletzten Sitzung der FDP-Fraktion im Jahr 2006 teilgenommen. „Ich möchte mich im Namen meiner Fraktion ausdrücklich für die faire und gute Zusammenarbeit bei Ihnen bedanken“. Mit diesen Worten eröffnete FDP-Fraktionschef Gerhard Papke die Sitzung. Der Ministerpräsident lobte ebenfalls die enge und vertrauensvolle Teamarbeit von CDU und FDP und stellte sich im Anschluss den Fragen der zwölf Abgeordneten. Nach dem Besuch bei der FDP-Landtagsfraktion bekräftigten Ministerpräsident Jürgen Rüttgers sowie Innovationsminister Andreas Pinkwart und der Fraktionsvorsitzende der FDP, Gerhard Papke, die gemeinsame Haltung der schwarz-gelben Koalition zu einem zügigen und verbindlichen Ende des Subventionsbergbaus. Zudem erteilten sie der SPD-Forderung nach einem Sockelbergbau erneut eine klare Absage. Pinkwart appellierte an die Adresse der Sozialdemokraten, dass sie dem Land mit einer Zustimmung zum Auslaufbergbau weiterhelfen könnten. Zuvor hatte Papke unterstrichen, dass ein sozialverträglicher Ausstieg aus dem Subventionsbergbau bis spätestens 2012 realisierbar ist. ■

Porträt der Woche: Maria Westerhorstmann (CDU)

Im Handbuch des NRW-Landtags hat Maria Westerhorstmann als Beruf „Bäuerin“ eintragen lassen. Die altmodisch klingende Bezeichnung hat sie bewusst gewählt, denn mit „Hausfrau“ wäre ihre Tätigkeit auf dem Familienhof im ostwestfälischen Delbrück nur unzureichend beschrieben und „Landwirtin“ klingt ihr viel zu technokratisch und leblos. „Bäuerin – das zeigt die ganze Vielseitigkeit des Berufs.“ Die Bäuerin muss im Stall aushelfen, die finanzielle Situation im Griff haben und mitentscheiden können, ob sich eine kostspielige Investition wie ein neuer Schlepper auch lohnt.

Doch seit gut einem Jahr hat die 54-jährige mit dem leuchtend rot-goldenen Haarschopf nur noch selten Gelegenheit, über den Hof zu gehen, zu gucken, wie der Weizen steht und ob die Schweine zufrieden sind. Das Landtagsmandat, das die CDU-Politikerin am 22. Mai vorigen Jahres mit dem landesweit besten Ergebnis von 65,2 Prozent errang, ist zu einem Full-Time-Job geworden. Zu den Sitzungen von Arbeitskreisen, Ausschüssen, Fraktion und Plenum in Düsseldorf kommen noch die Verpflichtungen im westfälisch-lippischen Landfrauenverband, im Frauenrat NRW und in den Gremien ihrer Partei hinzu. Das schafft Maria Westerhorstmann nur, weil sie gelernt hat, ihren Haushalt zu rationalisieren und weil die Dinge für sie auch eine andere Wertigkeit haben: „Ich muss nicht mehr alle zwei Wochen alle Fenster putzen.“

Maria Westerhorstmann ist ein Schnellstarter in der Politik. Der CDU gehört sie zwar bereits seit 1993 an, aber näheren Kontakt zu der Partei hatte sie erstmals im Jahr 2000. Bis dahin

beschränkte sich ihr ehrenamtliches Engagement auf die Mitarbeit in den verschiedenen landwirtschaftlichen Verbänden. „Politik war gar nicht mein Thema, das habe ich meinem Mann, Ratsmitglied in Delbrück, überlassen.“ Doch dann wurde sie von Honoratioren der CDU im Kreis Paderborn gefragt, ob sie nicht für den Bundestag kandidieren wolle. „Zunächst habe ich das gar nicht ernst genommen“, erinnert sich Westerhorstmann. Doch nach Gesprächen mit der Familie habe sie sich gesagt: „Warum eigentlich nicht?“ Am Beginn der politischen Karriere stand dann eine Niederlage. Denn so fortschrittlich, dass sie eine aussichtsreiche Kandidatur einer Frau überlassen, waren die CDU-Männer im konservativ-katholischen Hochstift noch nicht und so meldeten sich eine Reihe weiterer Interessenten.

WAHLMARATHON

Auf dem Kreisparteitag im November 2001 reichten dann die Stühle nicht, um allen CDU-Mitgliedern einen Sitzplatz zu verschaffen und Maria Westerhorstmann, die im ersten Wahlgang noch vorne gelegen hatte, verlor in der zweiten Abstimmung knapp mit 13 Stimmen. Doch die energische Bäuerin hatte Spaß am politischen Geschäft gefunden. Sie wurde zur stellvertretenden CDU-Vorsitzenden im Kreis Paderborn gewählt, übernahm den Vorsitz der Frauen-Union in Ostwestfalen-Lippe und dann „war es keine große Aktion mehr“, als ihr die Kandidatur für den Landtag angeboten wurde.

Ihr wichtigstes Ziel in der Politik ist es, die Menschen zu stärken: „Wir müssen ihnen die Möglichkeit geben, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.“ Unser Land leide darunter, „dass wir uns selbst ständig bemitleiden“.

Als frauenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion setzt sie sich dafür ein, dass Frauenthemen nicht nur im Frauenministerium und im entsprechenden Ausschuss bearbeitet werden, sondern in den Fachministerien, etwa im Gesundheits- oder im Arbeitsressort. Dabei kämpft sie dafür, dass Frauen für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn erhalten wie Männer und dass für beide Familie und Beruf besser miteinander vereinbart werden können. „Dass Frauen keine Kinder mehr bekommen wollen, ist nicht die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft.“

Autor:
Peter Jansen



FCL: Tempo, Tacklings, Tore

Revanche für die 0:3 Niederlage vor drei Jahren wollte der FC Landtag gegen die SG Büdingen 05 und zog die Zügel gleich zu Beginn scharf an. Der FCL war mit seinen Aktionen zunächst erfolgreich und ging durch Matthias Klomfast in Führung. Kurz darauf sogar das 2:0. Wolfgang Euteneuer schlug einen genialen Diagonalpass, und Tommy Mayer schloss, aus der Defensive kommend, mit scharfem, flachen Schuss in die lange Ecke ab.

Nun antworteten die Büdinger. Noch stand die FCL-Abwehr mit dem rackernenden Sören Link, mit Bernd Heimfarth, Werner Sesterhenn und Jörg Krause sicher. Durch das Spiel über den Flügel fiel dann doch noch vor der Pause der Anschlusstreffer.

Das Match auf hohem Niveau geizte nicht mit packenden Torraumszenen und harten, aber fairen Zweikämpfen. Eine herausragende Leistung lieferte dabei Mittelfeldmotor Rene Halverkamps.

Beide Teams schenken sich nichts. Letztlich aber behielt das Team aus der Wetterau die Oberhand, weil beim FCL kurzzeitig die Wachsamkeit nachließ. Das wurde bestraft, die SGB ging durch zwei schöne Tore mit 3:2 in Führung.

Nun warf der FCL alles nach vorne, wollte mit Macht wenigstens den Ausgleich, entblößte seine Abwehr – und fing sich die entscheidenden, erbarmungslos ausgeführten Konter ein. Rene Markgraf im Tor des FCL konnte in der Manier eines Klasse-Keeper das 4:2 nicht verhindern. Der FCL stürmte weiter und öffnete seine Abwehr: 5:2 für die Hessen.

Das war nun doch des Schlechten zuviel. Jens Petersen, mit untrüglichen Torinstinkt ausgestattet, verkürzte nach klugem Zuspiel von Willi Nowack entschlossen zum 3:5. Dabei blieb es in einem hochklassigen Spiel, das beide Teams und den Zuschauern die Fußballherzen vor Freude und Begeisterung hüpfen ließ. ■

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinterh, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)
Weitere Mitarbeiterin: Doro Dietsch
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de
Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin.
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de
Herstellung und Versand:
VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf
Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 30. Dezember 2006 bis 24. Januar 2007

30.12. Oliver Keymis (GRÜNE)	46
1.1. Claudia Nell-Paul (SPD)	53
1.1. Markus Töns (SPD)	43
4.1. Hubert Kleff (CDU)	59
5.1. Helene Hammelrath (SPD)	57
6.1. Günter Garbrecht (SPD)	57
7.1. Christian Lindner (FDP)	28
7.1. Rainer Schmeltzer (SPD)	46
8.1. Hubert Schulte (CDU)	62
10.1. Josef Hovenjürgen (CDU)	44
10.1. Olaf Lehne (CDU)	45
13.1. Volkmar Klein (CDU)	47
18.1. Horst Engel (FDP)	60
19.1. Elisabeth Veldhues (SPD)	58
23.1. Renate Hendricks (SPD)	55
24.1. Wolfgang Jörg (SPD)	44
24.1. Barbara Steffens (GRÜNE)	45

Jochen Dieckmann (SPD) hat seinen Rücktritt als Landesvorsitzender der NRW-SPD angekündigt. Der 59-jährige Jurist hat dieses Amt seit Juli 2005 inne. Von November 2002 bis Juni 2005 war er Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, davor dreieinhalb Jahre Justizminister. Dieckmann wird im Frühjahr 2007 auch sein Landtagsmandat niederlegen, um in Zukunft in einer Bonner Anwaltskanzlei zu arbeiten. Aussichtsreiche Kandidatin für seine Nachfolge ist die Fraktionsvorsitzende **Hannelore Kraft** (SPD). Die 45-Jährige soll nach dem Willen des Präsidiums der Landespartei auch Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2010 werden. Über ihre Nominierung entscheidet der SPD-Landesparteitag im März 2007.

Armin Laschet (CDU), Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, ist Vorsitzender des neu gegründeten Integrationsbeirats der Landesregierung. Das Gremium soll die Regierung in allen Fragen der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern beraten, kritisch begleiten und Vorschläge machen. Dem 26-köpfigen Beirat gehören unter anderem auch die frühere Bundestagspräsidentin **Professor Dr. Rita Süßmuth** (CDU) und **Fritz Pleitgen** sowie **Professor Dr. Faruk Sen**, Direktor des Zentrums für Türkisstudien in Essen, und der Integrationsbeauftragte der Landesregierung, der frühere CDU-Landtagsabgeordnete **Thomas Kufen**, an.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, wurde von ihrer Partei in die Arbeitsgruppe von Spitzenpolitikern berufen, die den zweiten Abschnitt der Föderalismusreform begleiten soll. Dieses Gremium soll Vorschläge für eine Neugestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vorlegen. Die Grünen haben diese begleitende Arbeitsgruppe gegründet, da nach ihrer Ansicht die Landtage bisher nicht angemessen an den Beratungen beteiligt wurden.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Weihnachtsstimmung ...

... verbreitet der mächtige grüne Baum in der Bürgerhalle des Landtags. Seit Beginn der Adventszeit erfreut er Abgeordnete, Besucher und Beschäftigte. Wie in jedem Jahr auch diesmal wieder gestiftet vom Waldbauernverband des Landes, wurde er phantasievoll von den Schütterinnen und Schülern der Hasenclerschule, einer Städtischen Förderschule in Gevelsberg, weihnachtlich geschmückt und zudem mit vielen bunten Figuren versehen, die deutlich auf das Landesjubiläum verweisen.

Foto: Schälte